

Realprogymnasium i. E.

zu

Schwiebus.

Bericht

über das Schuljahr 1907/8.

Inhalt:

1. Wissenschaftliche Abhandlung des Oberlehrers Prof. Hermann Meier: „Geschichte der höheren Knabenschule in Schwiebus.“
 2. Schulnachrichten von dem Direktor.
-

Schwiebus 1908.

Druck von Hermann Reiche.

Geschichte der höheren Knabenschule in Schwiebus.

(Vorgeschichte des Realprogymnasiums.)

Das Realprogymnasium in Schwiebus ist hervorgegangen aus der höheren Knabenschule, letztere wieder aus der evangelischen Mittelschule für Knaben.

Das Bestreben, in hiesiger Stadt eine höhere Lehranstalt mit Berechtigungen zu erhalten, machte sich schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts geltend. Vom Jahre 1888 an wurden zur Erreichung dieses Zieles energische Schritte getan, welche erst nach 17-jährigen Verhandlungen und Kämpfen Ostern 1905 mit Erfolg gekrönt wurden.

Unter dem Rektorat von Dr. Heinrich Gustav Saalborn (1857—1861) wurden, wie die Chronik berichtet, die Leistungen der Knabenbürgerschule so gesteigert, daß dieser Rektor die Verwandlung derselben in ein Progymnasium beantragte. Die städtischen Behörden waren aber bei den hohen Ansprüchen, welche das Schulwesen an die städtische Kasse stellte, nicht geneigt, noch weitere Opfer zu bringen, und lehnten den Plan ab. 1857
bis
1861

Von dem Rektor Goedel (1870—1874) heißt es: Es muß ihm zum Ruhme nachgesagt werden, daß er sich des Schwiebuser Schulwesens mit großer Lust und Liebe und ausgezeichnetem Sachkenntnis annahm. Gleich nach dem Kriege trat eine Periode großen gewerblichen Aufschwunges ein. Natürlich wendeten sich die Blicke aller auch auf die Hebung des Schulwesens. Rektor Goedel beantragte wiederholt, die Klassen der gehobenen Knabenschule in ein Progymnasium zu verwandeln. Trotz der günstigen gewerblichen Konjunkturen scheuten die Väter der Stadt aber die Kosten und machten die Errichtung eines Progymnasiums von der Bewilligung eines Staatszuschusses abhängig. Der Staat bewilligte indessen nicht nur keinen Zuschuß, sondern machte die Errichtung eines Progymnasiums davon abhängig, daß vor allen Dingen erst für eine genügende Dotierung und Ausstattung der Volksschule gesorgt werde, und so blieb alles beim alten. 1870
bis
1874

Im Jahre 1876 wurde mit Genehmigung des Ministers die sechsklassige evangelische Mittelschule für Knaben eingerichtet. 1876

Waren die früheren Anregungen, auf die Gründung einer höheren Schule Bedacht zu nehmen, von Seiten der Schulleiter ausgegangen, so ergriff nach einigen Jahren

der Magistrat selbst die Initiative; ein diesbezüglicher Wunsch wird also wohl stark in 1882 der Bürgerschaft gehegt worden sein. In ihrer Sitzung vom 4. Januar 1882 faßte die genannte Behörde den Beschluß, behufs Verhandlungen über Reorganisation der hiesigen Schulen, namentlich über Aufhebung der Mittelschule und Errichtung einer höheren Lehranstalt, den Bürgermeister Schmidt zu beauftragen, mit dem Schulrat Heiber in Frankfurt a. O. in mündliche Verhandlungen einzutreten und dieserhalb nach der Regierungsstadt zu reisen.

Die eingehende Unterredung mit dem Schulrat fand schon am 17. Januar statt. Der Vertreter der Staatsbehörde zeigte sich nach längerem Verhandeln endlich geneigt, das Projekt zu unterstützen, und kam mit dem Bürgermeister dahin überein, die Sache ganz allmählich in die richtigen Bahnen zu leiten. Zu jener Zeit war der Leiter der Mittelschule, sowohl der Knabenmittelschule als auch der Mädchenmittelschule, der seminaristisch gebildete Rektor Greulich. Die erste Lehrerstelle an der Mädchenmittelschule war durch den Weggang des Theologen Konrektors Hassenstein gerade vakant geworden. Schulrat Heiber schlug nun vor, zum Zwecke der Anbahnung neuer Schulverhältnisse die Hassenstein'sche Stelle später mit dem Rektor Greulich als Rektor der Mädchenmittelschule zu besetzen, dahingegen für die neu zu errichtende höhere Schule gleich eine passende Persönlichkeit mit 2400—2700 M Gehalt als Dirigenten zu berufen, die geeignet sein müßte, diese Organisation zu leiten und durchzuführen, ferner die damalige 8klassige Elementarschule in 2 Elementarschulen mit 5—6 Klassen umzuwandeln und die überflüssig werdenden Lehrer der Mittelschule bei diesen Schulen zu verwenden, endlich aber der einen der beiden Elementarschulen ein höheres Ziel als der anderen zu stecken, um dem Handwerkerstande Gelegenheit zu geben, seinen Kindern eine bessere Ausbildung zu teil werden zu lassen, als den Kindern aus dem Arbeiterstande. Durch das Schulgeld (1 M. pro Monat in der besseren Elementarschule, 50 Pfennig in der anderen, 6 M in der höheren Lehranstalt) würden voraussichtlich die höheren Kosten des Schulwesens so ziemlich gedeckt werden.

Schuldeputation und Magistrat waren mit diesen Vorschlägen einverstanden. Nachdem man aber die Schulhaushaltungspläne verschiedener Städte mit höheren Schulen eingefordert und daraus gefolgert hatte, daß für hiesige höhere Schule ein Stadtzuschuß von jährlich ungefähr 11000 M erforderlich sei, erschien den städtischen Behörden dieser Zuschuß denn doch wohl zu hoch; denn die Verhandlungen wurden in den nächsten Jahren nicht fortgesetzt.

Wenn der Wunsch nach einer höheren Schule auch in der Bürgerschaft bestehen 1888 blieb, so fand derselbe doch keinen äußerlichen Ausdruck, bis im Jahre 1888 die Bestrebungen eine festere und zielbewußtere Form fanden.

Unter dem Datum des 8. Oktobers 1888 wird von den Stadtverordneten R. Rimpler, Emil Klaembt, E. Müller, Robert Balcke, Paul Rothe und G. Krumbholz an die Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag eingereicht:

„In Erwägung, daß es vielfach als Tatsache von der hiesigen Bürgerschaft anerkannt ist, daß die Leistungen der hiesigen Mittelschule den bedeutenden Geldopfern, welche dieselbe zu ihrer Unterhaltung erfordert, nicht entsprechen, insofern namentlich Knaben, welche später auf höhere Schulen übergehen, in verhältnismäßig niedrige Klassen kommen; ferner

in Erwägung, daß die ohnehin überfüllten Volksschulklassen infolge der Aufhebung des Schulgeldes in denselben zukünftig noch mehr werden überfüllt werden, was über kurz oder lang die Anstellung neuer Lehrkräfte zur Folge haben wird; ferner in Ansehung des Umstandes, daß die Schulaufsichtsbehörde nach Errichtung der hiesigen Kreisschulinspektion den vorhandenen Übelständen in erhöhtem Maße ihr Augenmerk zuzuwenden in der Lage ist,

beschließen zu wollen, den Magistrat zu ersuchen, sich zunächst mit dem Herrn Kreisschulinspektor Pastor Kuhnert dieserhalb in Verbindung zu setzen und über diejenigen Mittel zu verständigen, welche eine Änderung der gedachten Übelstände herbeiführen können.“

Stadtverordnete, Magistrat und Schuldeputation sind mit diesem Antrage einverstanden, und Pastor Kuhnert erklärt sich bereit, dem Ersuchen der städtischen Schulbehörde zu entsprechen, erbittet aber zuvor Klarheit darüber, ob die städtische Behörde eine Reorganisation in dem Sinne wünscht, daß eine lateinlose Mittelschule mit Parallelklassen für solche Kinder, welche später auf höhere Bildungsanstalten übergehen wollen, geschaffen wird. Eine derartige Reorganisation wäre nicht ohne die Anstellung eines akademisch gebildeten Sprachlehrers möglich. Pastor Kuhnert bittet deshalb um baldige Mitteilung, ob die dazu erforderlichen Mittel von 1350—1500 M pro anno von den städtischen Kollegien in Aussicht gestellt werden.

Diese beantragten Mittel als jährliches Gehalt eines akademisch gebildeten Sprachlehrers werden unter der Voraussetzung bewilligt, daß die Reorganisation der Schule von der Regierung genehmigt werde. Im Februar 1889 wird die Knabenmittelschule von dem Kreisschulinspektor Kuhnert eingehend revidiert. Der Revisor berichtet in dieser Beziehung: Die Schule ist Gegenstand wiederholter Angriffe sowohl seitens der Schuldeputation, als auch der Bürgerschaft geworden. Diese Vorwürfe entbehren zum Teil der Begründung nicht. Vor allem sind zwei Ausstellungen zu machen. Die eine geht dahin, daß die Bildung, welche sie den in das praktische Leben übergehenden Kindern gebe, nicht vollständig abgerundet genug ist. Andererseits ist das Maß der fremdsprachlichen Kenntnisse, namentlich der im Lateinischen, zu gering und lückenhaft, als daß die bei Gründung der Schule ausgesprochene Möglichkeit vorhanden ist, die zum Übergang auf höhere Bildungsanstalten bestimmten Kinder ohne Schaden für ihr ferneres Fortkommen hier unterrichten zu lassen. Es wird daher die Anstellung eines akademisch gebildeten Sprachlehrers dringend empfohlen.

Die Knabenmittelschule bestand damals aus 6 Klassen. Als akademisch gebildeter Sprachlehrer wurde Ostern 1889 mit Bewilligung der königlichen Regierung Dr. Wilhelm Buhle angestellt, der die Anstalt aber schon am 1. November 1890 wieder verließ, um nach Berlin überzusiedeln. Rektor Greulich starb am 11. Februar 1890, und an seine Stelle trat am 11. November desselben Jahres der akademisch gebildete Rektor Franz Timm, der in der offen ausgesprochenen Absicht vom Magistrat in dieses Amt berufen wurde, um dem aus den Reihen der Bürgerschaft seit langem geäußerten Wunsche, die Mittelschule in eine höhere lateinlose Bürgerschule umzuwandeln, Rechnung zu tragen. Ein tragisches Geschick hat es gewollt, daß während seiner Amtsperiode dieses Ziel nicht erreicht wurde, sondern daß der Erfolg erst eintrat, als er am 24. Januar 1905 die Augen für immer geschlossen hatte.

Die städtischen Behörden, Magistrat und Stadtverordnete, hatten sich im Prinzip mit der Umwandlung der Schule einverstanden erklärt und auf ihre Anregung tat nun die Schuldeputation nach Beratung mit dem Rektor die einleitenden Schritte.

Die vereinbarten Vorschläge liefen darauf hinaus, 1.) einen akademisch gebildeten Lehrer an Stelle des Dr. Buhle zu berufen, 2.) den lateinischen Unterricht als obligatorischen Lehrgegenstand zu beseitigen, denselben aber fakultativ weiter bestehen zu lassen für diejenigen Schüler, welche später ein Gymnasium oder Realgymnasium besuchen sollten, 3.) dafür den deutschen Unterricht zu verstärken, 4.) den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht stärker zu betonen, 5.) mit dem französischen Unterricht schon in der dritten Klasse zu beginnen und 6.) zu Ostern (1891) eine siebente Klasse aufzubauen, welche der dritten Klasse einer höheren Bürgerschule entsprechen sollte, und in dieser auch mit dem englischen Unterricht den Anfang zu machen.

Sämtliche Vorschläge fanden die Billigung der in Frage kommenden städtischen Behörden und wurden ebenfalls von der königlichen Regierung, nachdem dieselbe 1891 am 15. März 1891 in dieser Angelegenheit eine Kommission, bestehend aus dem Bürgermeister Warzecha, dem Stadtverordnetenvorsteher Rimpler und dem Rektor Timm, empfangen hatte, genehmigt. Der Rektor wurde beauftragt, dementsprechend einen neuen Lehrplan aufzustellen.

Die siebente Klasse wurde nun Ostern 1891 neu aufgesetzt, und der Lehrplan erfuhr durchgreifende Veränderungen. Der lateinische Unterricht wurde fortan nur noch fakultativ in den vier ersten Klassen erteilt, begann jedoch in der vierten erst Michaelis, um den Kindern Zeit zu lassen, sich mit den ersten Schwierigkeiten der französischen Sprache, welche gleichfalls von dieser Klasse an gelehrt wurde, abzufinden. In der ersten Klasse trat als neuer Lehrgegenstand das Englische hinzu. Diejenigen Schüler, welche am lateinischen Unterricht teilnahmen, waren vom englischen Unterrichte oder in der zweiten bis vierten Klasse von je einer Schreib-, Zeichen-, Naturbeschreibungs- und deutschen Stunde befreit.

Die Schülerzahl betrug am 1. Dezember 151 und zwar in Klasse 1 10, in Klasse 2 16, Klasse 3 32, Klasse 4 23, Klasse 5 22, Klasse 6 25, Klasse 7 23. In allen Klassen waren zusammen 20 Lateinschüler.

In das Lehrerkollegium war 1890 Dr. Machule, Ostern 1891 Dr. Koch eingetreten. Entsprechend einer Aufforderung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung hatte der Magistrat inzwischen beschlossen, die Kombination der 5. und 6. Klasse, welche seit dem Tode des Lehrers Bartsch — dem 8. April 1890 — bestanden hatte, zu beseitigen und das Lehrpersonal durch einen für Mittelschulen geprüften Lehrer zu ergänzen. Derselbe wurde in der Person des Mittelschullehrers Langheinrich gefunden, welcher am 1. Juni 1891 sein neues Amt antrat. Ebenso war es schon lange als ein Übelstand empfunden, daß die Lehrkräfte an beiden Mittelschulen (Knaben- und Mädchenmittelschule) nicht ausreichten, um die lehrplanmäßigen Stunden zu erteilen, daß vielmehr einzelne Lehrer über Gebühr belastet und außerdem Hilfskräfte von der Volksschule herangezogen werden mußten. Daher war es um so erfreulicher, daß der Magistrat im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung sich zur Anstellung eines weiteren Volksschullehrers entschloß. Dieser trat in der Person des Lehrers Dammholz Michaelis 1891 in das Lehrerkollegium der Mittelschule ein. Dieses bestand

im genannten Jahre aus 8 Lehrern: 1.) Rektor Timm, 2.) Konrektor Müller, 3.) Dr. Machule, 4.) Dr. Koch, 5.) Langheinrich, 6.) Ferdinand Schulz, 7.) Dammholz, 8.) Mahrenholz.

In einer Eingabe an die Schuldeputation vom 29. Oktober 1891 beantragte der Rektor Timm zu Ostern 1892 die Einrichtung einer neuen, der achten Klasse. Er bittet, in dem Ausbau der Schule keine Verzögerung eintreten zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Klasse mit einer geringen Schülerzahl eröffnet werden müßte, da sich sonst so leicht Mißtrauen in das ganze Unternehmen unter dem interessierten Publikum verbreite; und daß dies der ganzen Anstalt schade, habe man schon wiederholt beobachten können. Bei der Einrichtung einer achten Klasse würde sich die Anstellung eines weiteren akademisch gebildeten Lehrers nicht vermeiden lassen. Hinsichtlich des beschränkten Besuches der oberen Klassen sei zu beachten, daß die Schule sich zur Zeit noch in abnormalen Verhältnissen befinde. Wenn die Frequenz der unteren Klassen zu Grunde gelegt würde, würden in Zukunft aus Schwiebus allein in jeder der oberen Klassen ungefähr 20 Schüler für die Abschlußprüfung vorbereitet werden. Als ein erfreuliches Zeichen sei es vielleicht anzusehen, daß schon im laufenden Schuljahre mehrfach Schüler von auswärts der hiesigen Anstalt übergeben seien. Um ein für allemal den Charakter der Schule nach außen hin klarzustellen und fernere Zweifel und Bedenken niederzuschlagen, dürfte es sich empfehlen, sogleich bei Errichtung der achten Klasse den Antrag auf Anerkennung der Schule als einer höheren Bürgerschule zu stellen mit der Maßgabe, daß die neunte Klasse als erste Klasse der höheren Bürgerschule Ostern 1893 eröffnet werde.

Schuldeputation und Magistrat beschlossen auf diese Eingabe hin, daß dem Regierungspräsidenten mündlich durch den Bürgermeister Warzecha und den Rektor Timm über den gegenwärtigen Stand der Schulfrage Vortrag gehalten werden solle. Auch solle von ihm Auskunft über die weiter zu ergreifenden Maßregeln und die gegenwärtige Stellung der Regierung zu dieser Angelegenheit erbeten werden.

Die Audienz und Konferenz bei dem Regierungspräsidenten fand in Gegenwart des Abteilungsdirigenten Oberregierungsrats von Schroetter am Mittwoch, den 25. November 1891, vormittags 11 Uhr, in Frankfurt a. O. statt. Der Präsident zeigte sich als Anhänger der höheren Bürgerschule und wies nur auf die finanziellen Opfer hin, die die Stadt würde übernehmen müssen. Das Projekt solle alsbald der Regierung vorgelegt werden. Die Überfüllung einzelner Klassen der Volksschule gab zu Bedenken Anlaß.

Die Frequenzverhältnisse der sämtlichen Schulen in der Stadt Schwiebus waren am 13. Januar 1892 folgende: Knabenmittelschule (7 Klassen) 150 Schüler, Mädchenmittelschule (5 Klassen) 133 Schülerinnen, Knabenvolksschule (9 Klassen) 529 Schüler, Mädchenvolksschule (9 Klassen) 557 Schülerinnen, katholische Schule (6 Klassen) 322 Kinder (160 Knaben, 162 Mädchen.)

Die Schuldeputation äußerte sich in ihrer Sitzung vom 19. Januar 1892 dahin, daß bei diesen Frequenzverhältnissen erhebliche Übelstände kaum als vorliegend angenommen werden könnten. Die Knabenmittelschule koste jetzt nach Abzug der Einnahmen der Stadt rund 7000 M jährlich, während sie später 10000—13000 M kosten

würde, wenn die Frequenz auf 150 angenommen und das monatliche Durchschnittsschulgeld auf 6 M festgesetzt würde.

Bei Gelegenheit der Etatsberatung wurden durch die aus der Stadtverordnetenversammlung gebildete Kommission Bedenken laut, ob es gerechtfertigt sein würde, bei der geringen Schülerzahl, die die zu Ostern neu zu errichtende Klasse haben würde, eine neue Lehrkraft anzustellen. Die Kommission wünschte daher Aufklärung, ob es sich nicht einrichten ließe, die wenigen in die neu zu errichtende Klasse aufzunehmenden Schüler in eine erste Abteilung der bereits vorhandenen jetzigen ersten Klasse zu nehmen, in der sie von denselben Lehrern unterrichtet werden könnten.

In Bezug auf diesen Beschluß und den der Schuldeputation berichtet Rektor Timm an den Magistrat u. a. folgendes: Für das Richtigste muß ich es unbedingt halten, daß eine neue Klasse eingerichtet wird. Der Gründe sind so viele, welche dafür sprechen, besonders vom Gesichtspunkt des Unterrichts aus. Wir haben die Schüler in den Strom einer höheren Bildung hineingerissen. Wenn wir ihnen nicht die Gelegenheit bieten, zu einem bestimmten Abschluß zu kommen, so fällt die Verantwortung für ihre geistige Unfertigkeit zum großen Teil auf uns. Die Bedenken, welche gegen die Erweiterung zur Zeit geltend gemacht werden, haben gewiß ihre Berechtigung, und ich verstehe es wohl, daß jemand, der die ganze wirtschaftliche Lage der Stadt übersieht, nur zögernd an eine Aufgabe herantritt, welche notwendig, einmal in Fluß gebracht, größere Ansprüche aus sich heraus entwickelt und der Stadt beträchtliche Lasten auferlegen muß. Andererseits muß man aber doch zugeben, daß der erste Schritt bereits geschehen ist auf dem Wege zur höheren Schule. Ein Stillstehen jetzt bedeutet doch wohl ein Aufgeben des ganzen Planes. Es würde eine tiefgehende Entmutigung der Lehrer die Folge sein, und als nächste Konsequenz würde sich ein stetes Streben wenigstens der akademisch gebildeten Lehrer ergeben, von hier fort in andere Stellungen zu gelangen, welche ihren Kräften einen breiteren Spielraum bieten und ihren Ansprüchen an die materiellen Güter des Lebens in ausnehmender Weise entsprechen. Wie schwere Schäden eine solche Unsicherheit in den maßgebenden Stellen aber mit sich bringt, das brauche ich wohl erst nicht zu sagen.

Rektor Timm macht deshalb einen andern Vorschlag für den Fall, daß sich die entscheidenden Faktoren nicht auf die Anstellung eines neuen Lehrers einigen sollten. Er empfiehlt eine Einrichtung, welche jene schließliche Entscheidung zunächst noch aufschiebt: Die neu zu errichtende Klasse soll so mit der vorhandenen ersten verbunden werden, daß nur für das Französische, das Englische und für die Mathematik ein besonderer Unterricht eingerichtet wird, während in den übrigen Fächern Kombination eintreten soll. Die vorhandenen Lehrkräfte würden dazu genügen, und es würde sich nur eine Mehrbelastung des Etats von 355 M ergeben.

Die Vorschläge des Rektors werden von der Schuldeputation genehmigt. Inzwischen hatte sich im Publikum das Gerücht verbreitet, daß die städtische Schulbehörde beabsichtige, die hiesige Mädchenmittelschule eingehen zu lassen, um dadurch Mittel für die Organisation der Knabenmittelschule zu gewinnen. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Kaiserlichen Oberpostdirektion zu Frankfurt a. O. im Interesse der in Schwiebus beschäftigten Postbeamten erwidert der Magistrat unter dem 25. April 1892, daß es wohl in seiner Absicht liege, das hiesige Schulsystem zu reorganisieren und namentlich für

Knaben hier eine erweiterte Bildungsanstalt zu schaffen, wobei eine Änderung der hiesigen Mädchenmittelschule vielleicht in Betracht gezogen werden könnte. An ein Eingehenlassen derselben sei aber zur Zeit wenigstens gar nicht zu denken.

Am 17. Juni 1892 wendet sich der Magistrat in einer Eingabe an die Regierung. Es wird zunächst über den gegenwärtigen Stand der Schule berichtet und betont, daß es Wunsch der städtischen Körperschaften und der Bürgerschaft sei, die hiesige Mittelschule zu einer höheren Bürgerschule, beziehungsweise Realschule, umzugestalten. Weiter wird ausgeführt: Die Frequenz der Knabenmittelschule hat sich gegen das Vorjahr nicht unwesentlich gehoben; denn während die Schülerzahl im Vorjahre 146 betrug, beträgt sie im laufenden Jahre 165, hat sich mithin um 19 Schüler vermehrt. Es läßt sich annehmen, daß die Zahl derselben in diesem Schuljahre wohl noch auf 170 steigen wird. Hervorgehoben mag werden, daß die Schule bereits von 23 auswärtigen Schülern besucht wird. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, erscheint der Wunsch der Stadtvertretung auf Erlangung einer höheren Schule doch wohl nicht ungerechtfertigt. Die Stadt würde gewiß auch gern größere Opfer nicht scheuen, wenn die Umgestaltung unserer Mittelschule zu einer höheren Lehranstalt ermöglicht würde.

Die Regierung weist in ihrer Antwort auf die erheblichen Kosten hin, die die Stadt auf die Dauer zu leisten haben werde, und daß auf einen Staatszuschuß nicht zu rechnen sei. Es wird anheim gestellt, das Kgl. Provinzial-Schulkollegium in Berlin um Mitteilung des Etats der nach den Verhältnissen in Aussicht zu nehmenden höheren Schule anzugehen und danach zu prüfen, ob das städtische Gemeinwesen die Kosten zu bestreiten vermöge. Die Schülerzahl der bestehenden Mittelschule sei weder in den obersten, noch in den untersten Klassen eine solche, daß die Erweiterung der Anstalt besonders dringlich oder anrätig erscheinen könnte. — Das Provinzial-Schulkollegium übersendet auf die Bitte des Magistrats unter dem 9. November 1892 eine Zusammenstellung in der Gestalt eines auf den Ausgabenteil bezüglichen Etatsentwurfs, betreffend die jährlichen Aufwendungen, welche aus der Unterhaltung einer lateinlosen Realschule erwachsen würden. Der Etat verlangt einen Direktor, 4 Oberlehrer, 2 Mittelschullehrer, 1 Zeichenlehrer, 1 Schuldiener. Die Vorschule ist dabei nicht in Rechnung gebracht. Die jährliche Gesamtausgabe beziffert sich auf 35640 M.

In einem ausführlichen Gutachten vom Anfang des Jahres 1893 sucht Rektor Timm ¹⁸⁹³ nachzuweisen, daß sich für die hiesigen Verhältnisse diese Summe bedeutend ermäßigen ließe. Die Schuldeputation erklärt sich in ihrer Sitzung vom 14. Februar 1893 mit seinen Ausführungen einverstanden. Sie beschließt, um eventuell weitere Ersparnisse machen zu können, die Beschränkung der Vorschule an der Mittelschule von drei auf zwei Klassen und das völlige Eingehenlassen der Mädchenmittelschule, die durch eine höhere Privattöchtereschule unter städtischer Garantie, beziehungsweise Subvention, zu ersetzen wäre, ins Auge zu fassen. Die an der Mädchenmittelschule damals beschäftigten Lehrerinnen Frä. v. Holly, Frä. Wildt und Frä. Steinbacher erklärten der Schulbehörde, daß sie bereit wären, falls die Mädchenmittelschule eingehen sollte, sich mit $\frac{3}{4}$ ihres Gehalts pensionieren zu lassen.

Inzwischen war zur Unterstützung der Schuldeputation in Angelegenheit der höheren Schule eine besondere Schulkommission, bestehend aus den Herren Rimpler, P. Balcke, Masekowsky, in Tätigkeit getreten. Dieselbe richtete an die Stadtverord-

netenversammlung folgenden Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle, nachdem sie bereits ihre prinzipielle Zustimmung erklärt hat, nunmehr ihre definitive Genehmigung zur Umwandlung der Knabenmittelschule in eine Realschule (höhere Bürgerschule) aussprechen.“ Aus der ausführlichen Begründung sei folgendes mitgeteilt: Die Knabenmittelschule kostet jetzt jährlich 18 176,50 M. Die Stadt würde eventuell gegen heute, in allerdings weit abliegender Zeit, einen Zuschuß von 10 505,50 M leisten müssen, wenn für die Realschule der vom Provinzial-Schulkollegium zu Grunde gelegte Durchschnittsetat in Betracht gezogen würde; für spätere Zeiten würde sich aber der höchste Zuschuß auf 6785,50 M dauernd ermäßigen. Da aber auch für die Mittelschulen eine wesentliche Erhöhung der Gehälter in Aussicht stände, so würde die Stadt, selbst wenn wir die Mittelschule als solche belassen wollten, gegen jetzt einen höheren Zuschuß von 3374,00 M in jedem Falle zu zahlen haben, welcher Betrag sich aber noch durch Alterszulagen ebenfalls in entsprechender Weise erhöhen würde. Die Stadt würde also bei Gründung einer Realschule keine wesentlich höheren Kosten haben, als bei Belassung der jetzigen Knabenmittelschule.

Der Magistrat tritt diesen Ausführungen im allgemeinen bei und will die infolge Umwandlung der Mittelschule zur Realschule sich ergebenden jährlichen Mehraufwendungen durch die beabsichtigte Auflösung der Mädchenmittelschule soviel wie möglich ermäßigen. Die letztere erforderte damals einen Zuschuß der Stadt im Betrage von 6367,00 M.

Der Magistrat wendet sich nunmehr zur Erreichung des Zieles an die zuständige Behörde, das Ministerium, mit der ausführlich begründeten Bitte: „Die Anerkennung unserer Knabenmittelschule als Realschule herbeiführen, eventuell uns bescheiden zu wollen, unter welchen Bedingungen oder Forderungen einer hohen Regierung wir auf Erreichung unseres Wunsches, am hiesigen Orte eine höhere Lehranstalt zu besitzen, rechnen dürfen.“ Die Antwort des Ministers vom 29. Mai führt im wesentlichen folgendes aus: Bevor ich dem Antrage in der Vorstellung vom 27. März d. Js. wegen Umwandlung der dortigen Mittelschule in eine Realschule näher zu treten vermag, hat der Magistrat zunächst den Nachweis zu führen, daß für das Elementar-schulwesen in Schwiebus in ausreichender Weise gesorgt ist. So lange dort noch Knabenklassen von 77 bis 88 Schülern, Mädchenklassen von 79 bis 93 Schülerinnen vorhanden sind und die Stadt zu einer ausreichenden Besoldung der Volksschullehrer außer dem gesetzlichen Beitrage des Staates noch eines außerordentlichen widerruflich gewährten jährlichen Zuschusses von 7116 M bedarf, kann die nachgesuchte Genehmigung nicht erteilt werden. Auch mache ich schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Mehrkosten einer Realschule gegenüber der jetzigen Mittelschule in den vorgelegten Berechnungen offenbar zu niedrig veranschlagt sind. Zunächst ist außer acht gelassen, daß der oben erwähnte Zuschuß von 7116 M zurückzuziehen ist, wenn die Leistungsfähigkeit der Stadt ihr die Einrichtung einer höheren Lehranstalt gestattet. Sodann sind bei Aufstellung des Normalstats der Realschule, welche der Berechnung des dauernden Zuschusses der Stadt zu Grunde zu legen ist, nicht die gegenwärtigen Verhältnisse, welche vielleicht eine geringere Besoldung der zunächst anzustellenden Lehrer gestatten, als Unterlage zu nehmen, sondern es ist die von dem Provinzial-Schulkollegium bestimmte Zahl von Oberlehrern und Elementar- oder Zeichenlehrern

mit dem Durchschnittsgehalt einer jeden dieser Lehrerkategorien einzusetzen. Auch ist für die spätere Pensionierung der Lehrer und die Versorgung der Relikten ein jährlicher Betrag in den Etat einzustellen. Erst wenn auf diese Weise ermittelt ist, wie hoch sich die Belastung der Stadt durch eine ausreichende Fürsorge für das Volksschulwesen und eine angemessene Unterhaltung der Realschule stellen würde, läßt sich ein Urteil über die Prästationsfähigkeit der Stadt und damit die Grundlage für eine fernere Erwägung der beantragten Umwandlung gewinnen.

In einer erneuten Eingabe an den Minister vom 18. Juli 1893 führt der Magistrat aus: Die Neuregelung der Volksschullehrergelälter sei in Aussicht genommen und die Frequenz der Volksschulklassen nicht mehr so stark als früher. Das Vorhandensein einer Realschule in unserer Stadt, heißt es dann weiter, ist zu einem dringenden Bedürfnis geworden, da die Leistungen der jetzigen Mittelschule den erheblichen Geldopfern, welche zu ihrer Unterhaltung nötig sind, nicht entsprechen und auch die Jetztzeit sowohl bezüglich einer tüchtigen praktischen Ausbildung der Jugend, als auch bezüglich der Ausbildung für die Beamtenlaufbahn gesteigerte Anforderungen stellt. Viele unserer Mitbürger sind wohl in der Lage, ihre Kinder eine bessere Schulbildung in einer höheren Lehranstalt im Orte genießen zu lassen, nicht aber im stande, ihre Kinder in auswärtigen Schulen zu unterhalten. Ja, wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir unserer Überzeugung dahin Ausdruck geben, daß der Mangel einer höheren Lehranstalt im Orte den Niedergang von Handel und Industrie, insbesondere unseres Hauptindustriezweiges, der Tuchmacherei, mit zur Folge gehabt hat. Aber nicht bloß für unsere Stadt, auch für unsere nähere und weitere Umgegend ist die Einrichtung unserer Knabenmittelschule als Realschule ein dringendes Bedürfnis. Nachweislich wird unsere Schule schon jetzt trotz der Unsicherheit der bestehenden Verhältnisse von einer beträchtlichen Anzahl Schüler aus der hiesigen Umgegend besucht, welche Zahl sich bei der Umwandlung der Mittelschule in eine höhere Lehranstalt und Anerkennung der Schule als Realschule gewiß noch bedeutend vermehren wird, zumal in den Nachbarstädten keine derartige Schule, wie sie von uns erstrebt wird, vorhanden ist.

Das Jahr nahte sich seinem Ende, ohne daß von dem Ministerium eine Antwort einging. Vergebens wandte sich der Magistrat wiederholt an die Regierung und den Minister um Mitteilung über die Lage der Sache und um Gewährung einer Audienz. Endlich, am 12. Dezember 1893, antwortete der Minister kurz und bündig: Dem Magistrat erwidere ich auf seine Vorstellungen, daß die Umwandlung der dortigen Mittelschule in eine Realschule auch jetzt noch nicht in Frage kommen kann, da nach dem Bericht der Kgl. Regierung zu Frankfurt a. O. für die Bedürfnisse der Volksschule noch nicht genügend gesorgt ist.

Der Magistrat wandte sich nunmehr an das Provinzial-Schulkollegium. In der Eingabe wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Anerkennung der Schule als Realschule doch noch erfolgen werde, wenn sie auch zu Ostern 1894 voraussichtlich noch nicht ausgesprochen werde, so daß namentlich zu diesem Zeitpunkte auch noch keine Abgangsprüfung hieselbst stattfinden dürfte. Nun sind aber, so heißt es weiter, einige Schüler vorhanden, welche nach Ansicht des hiesigen Lehrerkollegiums die nötigen Kenntnisse für das Examen erworben haben und dasselbe zu machen wünschen.

Obwohl wir den Eltern feste Versprechungen bei Übergabe ihrer Kinder in unsere Schule in dieser Hinsicht nicht gemacht haben, werden wir jetzt von ihnen und von seiten der Bürgerschaft gedrängt, den fraglichen Schülern, von denen speziell drei als besonders befähigt gelten, Gelegenheit zur Ablegung des Examens zu verschaffen. Wir bitten deshalb um Rat, ob beziehungsweise wo den hiesigen Schülern Gelegenheit zur Ablegung des zur Erlangung des Reifezeugnisses erforderlichen Examens geboten werden kann, vielleicht in einer Nachbaranstalt oder unter Hersendung eines Kommissars an unsere Schule.

Das Provinzial-Schulkollegium erwidert, daß die betreffenden Schüler sich spätestens bis zum 10. Januar zu melden hätten, und daß sie zur Ablegung der Prüfung einer der in Berlin beziehungsweise Charlottenburg befindlichen Realschulen würden überwiesen werden. Die Ostern 1893 eingerichtete erste Klasse der Knabenmittelschule zählte 5 Schüler. 3 von diesen meldeten sich rechtzeitig zur Prüfung bei dem Kgl. Provinzial-Schulkollegium und wurden von dieser Behörde der 5. Realschule in Berlin überwiesen.

1894 Schuldeputation und Magistrat hatten inzwischen beschlossen, durch den Bürgermeister Warzecha in einer Audienz bei der Regierung feststellen zu lassen, welche Forderungen sie für die Volksschule erhebe. Die Regierung stellte als wesentlichste Forderung die Erhöhung der Volksschullehrergehälter. Eine zweite Audienz hatte der Bürgermeister im Kultusministerium. In dieser hatte er die Überzeugung gewonnen, daß wohl angenommen werden könnte, daß bei Umwandlung der Knabenmittelschule in eine Realschule der Stadt der widerrufliche Staatszuschuß von rund 7000 M nicht entzogen werde.

Die städtischen Schulbehörden waren in dieser kritischen Zeit in keiner beneidenswerten Lage. Zahlreiche direkte Anfragen kamen von Eltern der Schüler, verschiedene „Eingesanfts“ in den hiesigen Lokalblättern enthielten versteckte Vorwürfe. Zur allgemeinen Aufklärung und Beruhigung veröffentlichte die städtische Schuldeputation deshalb folgende Bekanntmachung, betreffend die hiesige Knabenmittelschule: Es ist uns zu Ohren gekommen, daß im Publikum, namentlich bei Eltern, deren Söhne die hiesige Knabenmittelschule besuchen, über das Schicksal der Schule Beunruhigung obwaltet. Wir nehmen deshalb Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß, nachdem seitens der hiesigen städtischen Behörden die bis auf weiteres bindenden Beschlüsse, daß die Knabenmittelschule in eine Realschule umzuwandeln ist, bereits im vorigen Jahre gefaßt worden sind, und da der Unterricht an der Schule bereits nach dem an Realschulen geltenden Lehrplan erteilt wird, augenblicklich durchaus keine Veranlassung zu irgend welcher Beunruhigung vorliegt. Die Angelegenheit der Umwandlung der Schule hat sich bisher lediglich dadurch verzögert, daß sich die Verhandlungen mit der Kgl. Regierung, obwohl die städtischen Behörden Entgegenkommen gezeigt haben, wegen allzuhoher Forderungen für die Volksschule in die Länge zogen, die nun endlich durch die zu erwartende Bestätigung der seitens der städtischen Behörden bewilligten Gehaltsskala ihre Erledigung finden dürften. Der Herr Minister hatte erklärt, daß er der Angelegenheit, betreffend die Umwandlung der Mittelschule in eine Realschule, überhaupt nicht eher näher treten werde, bevor die Kgl. Regierung nicht mit ihren Forderungen für die Volksschule zufriedengestellt sei. Ist das gegenwärtig, wie zu erwarten steht,

der Fall, so bleibt lediglich die Entscheidung des Herrn Ministers einzuholen. Bevor diese ergangen ist, ist keinerlei Grund zur Besorgnis vorhanden.

Die drei bei dem Provinzial-Schulkollegium angemeldeten Schüler der ersten Klasse unterzogen sich anfangs März 1894 bei der 5. Realschule in Berlin der Abschlußprüfung. Zwei von ihnen bestanden dieselbe, der dritte fiel durch.

Nach Ostern 1894 enthielt die erste Klasse der Knabenmittelschule nur 4 Schüler; auch diese verließen Michaelis desselben Jahres die Anstalt, so daß diese Klasse einging; sie wurde nicht wieder eingerichtet.

Am 25. Mai 1894 richtete der Magistrat wiederum ein Gesuch an den Minister des Inhalts, daß durch Verfügung der Kgl. Regierung vom 7. Mai cr. die hier eingeführte Gehaltsordnung für die Volksschullehrer bestätigt worden ist. Da demnach der in der früheren Verfügung gedachte Grund, welcher der Frage der Umwandlung der hiesigen Knabenmittelschule in eine Realschule bisher entgegengestanden hat, nunmehr beseitigt ist, bitten wir unter Bezugnahme auf den Inhalt unserer Berichte, der angeregten Angelegenheit nunmehr näher treten und unserem Antrage stattgeben, beziehungsweise die seitens der Regierung etwa noch zu stellenden Anforderungen feststellen zu wollen. — Das Gesuch mit Begleitschreiben um Weiterbeförderung an die zuständige Stelle und Befürwortung der Bitte ging an die Kgl. Regierung ab.

Die Regierung gab das Gesuch zunächst an den Minister nicht weiter, sondern schrieb dem Magistrat unter dem 1. Juni 1894: Auf das an den Herrn Regierungspräsidenten hierselbst gerichtete Gesuch vom 25. Mai d. Js., betreffend die Umwandlung der dortigen Knabenmittelschule in eine Realschule erwidern wir dem Magistrat das Folgende: Wir sind gern bereit, die fragliche Angelegenheit bei dem Herrn Minister aufs neue anzuregen, müssen aber darauf aufmerksam machen, daß es überflüssig erscheint, den Herrn Minister um Feststellung der unsererseits etwa noch zu erhebenden Anforderungen zu bitten. Denn in dem an den Magistrat gerichteten Erlaß vom 29. Mai v. Js. hat der Herr Minister diejenigen Forderungen ausdrücklich bezeichnet, ohne deren Erfüllung die Genehmigung nicht erteilt werden könnte. Wir stellen anheim, das hier bereits eingegangene Gesuch durch die weiteren Unterlagen zu vervollständigen.

Der Magistrat antwortete der Regierung am 23. Juni 1894 u. a.: Durch unsere früheren Berichte glaubten wir, alle Unterlagen, deren der Herr Minister zur Prüfung der betreffenden Angelegenheit bedarf, beigebracht zu haben, da nun doch das Hauptbedenken, die Regulierung der Volksschullehrergehälter, seine Erledigung gefunden hat. Den uns bisher gewährten Staatszuschuß können wir aber unter keinen Umständen entbehren, da wir ohne denselben unmöglich in der Lage sind, die Realschule zu halten. Die Prästationsfähigkeit der Stadt Schwiebus hat sich gegen früher in keiner Hinsicht verbessert, im Gegenteil, die Tuchindustrie, der Hauptnahrungszweig unserer Stadt, ist bedeutend zurückgegangen. Durch unser letztes Gesuch an den Herrn Minister, in welchem wir um Mitteilung baten, welche Anforderungen der Herr Minister etwa noch an uns zu stellen hätte, bezweckten wir lediglich, die Angelegenheit wieder in Fluß zu bringen, und bitten wir daher eine Kgl. Regierung, nach Durchsicht unserer Berichte uns entweder die etwa noch erforderlichen Unterlagen bestimmt bezeichnen oder aber die Angelegenheit betreffend die Umwandlung der Knabenmittel-

schule in eine Realschule bei dem Herrn Minister unter Überreichung unseres Gesuches befürwortend in Anregung bringen, auch wegen Abstandnahme von der Bedingung betreffend Entziehung der Staatsbeihilfe uns unterstützen zu wollen.

Auf diese Eingabe hin erfolgte schon am 25. Juli ein Bescheid der Regierung: Allerdings hat ein Hauptbedenken, welches seiner Zeit aus der noch nicht bewirkten Regelung der Volksschullehrergehälter abgeleitet wurde, seine Erledigung gefunden, nachdem wir die dortigen Beschlüsse am 4. Mai d. Js. bestätigt haben, aber zur Beurteilung der Frage, ob die Zahl der Schüler und Schülerinnen in der Volksschule, wie sie in dem Erlasse des Herrn Ministers vom 29. Mai 1893 als unzulässig bezeichnet ist, auf das normale Maß zurückgeführt ist, fehlt uns jede ziffernmäßige Angabe aus dem laufenden Jahre. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß der Herr Minister in dem gedachten Erlasse die für die Aufstellung des Etats einer Realschule zu wählenden Unterlagen bezeichnet und neben der Einsetzung eines Durchschnittsgehalts für die geforderte Zahl von Lehrkräften jeder Lehrerkategorie die Einstellung eines jährlichen Betrages für die spätere Pensionierung der Lehrer und die Versorgung der Relikten in den Etat gefordert hat. Da nun in dem Gesuche vom 18. Juli v. Js., das nach den Äußerungen des Magistrats einen Ergänzungsbericht bilden sollte, welcher infolge des Ministerialerlasses vom 29. Mai v. Js. erstattet wurde, die vorhin erwähnten Forderungen des Herrn Ministers ihre Erledigung nicht gefunden haben, so stellen wir nochmal anheim, die Gesuche an den Herrn Minister durch Unterlagen zu vervollständigen. Ob es uns gelingen wird, bei voller Hervorhebung des Interesses, welches die städtischen Behörden der Frage entgegenbringen, und bei aller Betonung der wirtschaftlich gedrückten Verhältnisse, wie sie sich nach den Berichten des Magistrats auch dort gestaltet haben, den Herrn Minister für die weitere Bewilligung der 7116 M. zu gewinnen, muß unsomehr abgewartet werden, als für das Jahr 1895/96 eine anderweite Verteilung der widerruflichen Lehrergehaltszuschüsse geplant ist, für welche von dem Herrn Minister Direktiven gegeben sind.

Infolge dieser Zuschrift ließ der Magistrat einen neuen Etatsentwurf aufstellen und die Schülerzahl in den einzelnen Klassen der Volksschule ermitteln. Im Etatsentwurfe war der Pensionsfonds mit 1682 M., die Reliktenversorgung mit 2130 M jährlich vorgesehen. Die Gesamtausgabe für die Realschule war auf jährlich 35640 M veranschlagt.

Frequenz der Volksschule am 9. August 1894:

Knabenvolksschule: Klasse I 49 Schüler, Klasse II 53 Schüler, Klasse IIIa 57 Schüler, Klasse IIIb 43 Schüler, Klasse IV 66 Schüler, Klasse Va 47 Schüler, Klasse Vb 48 Schüler, Klasse VI 85 Schüler, Klasse VII 91 Schüler; zusammen 539 Schüler.

Mädchenvolksschule: Klasse I 51 Schülerinnen, Klasse IIa 44 Schülerinnen, Klasse IIb 43 Schülerinnen, Klasse IIIa 42 Schülerinnen, Klasse IIIb 42 Schülerinnen, Klasse IVa 50 Schülerinnen, Klasse IVb 52 Schülerinnen, Klasse V 85 Schülerinnen, Klasse VI 78 Schülerinnen, Klasse VII 103 Schülerinnen; zusammen 590 Schülerinnen.
Katholische Schule: I. Knabenklasse 44 Knaben, I. Mädchenklasse 58 Mädchen, II. gemischte Klasse 35 Knaben und 37 Mädchen = 72 Kinder, III. gemischte Klasse 32 Knaben und 30 Mädchen = 62 Kinder, IV. gemischte Klasse 26 Knaben und

39 Mädchen = 65 Kinder, V. gemischte Klasse 26 Knaben und 27 Mädchen = 53 Kinder; zusammen 163 Knaben und 191 Mädchen = 354 Kinder.

Die Schullasten der Stadt Schwiebus stellten sich, wie folgt:

A) Volksschulen vor Einführung der Skala	24 703 M
Knabenmittelschule	18 220 M
Mädchenmittelschule	8 575 M
	<hr/>
	51 498 M
Hiervon ab die Einnahme	14 220 M
	<hr/>
	37 278 M
	<hr/>
B) Volksschulen nach Einführung der Skala	30 512 M
Höhere Lehranstalt (mit Vorschule)	40 570 M
Mädchenmittelschule	8 575 M
	<hr/>
	79 657 M
Hiervon ab die Einnahme	22 023 M
	<hr/>
	57 634 M
Nach Abzug des gegenwärtig von der Kämmerei	
kasse zu leistenden Zuschusses von	37 278 M
	<hr/>
würde demnach die Mehrbelastung betragen	20 356 M.
welche sich bei Entziehung des widerruflichen	
Staatzuschusses von	7 116 M
	<hr/>
erhöhen würde auf	27 472 M

Diese Zahlen, sowie die ungünstigen Frequenzsiffern in einzelnen Klassen der Volksschule ließen die Hoffnung der städtischen Behörden, die Anerkennung der Mittelschule als Realschule durch den Minister zu erlangen, immer geringer werden. Der Magistrat schrieb deshalb unter dem 18. Oktober 1894 an die Regierung: Der Kgl. Regierung beehren wir uns auf die Verfügung vom 25. Juli cr. zu berichten, daß wir weitere Beschlüsse in dieser Sache bis zur endgültigen Entscheidung des Herrn Ministers über die Verteilung der widerruflichen Lehrergehaltszuschüsse ausgesetzt haben. Eine Kgl. Regierung bitten wir, beim Herrn Minister recht warm befürworten zu wollen, daß er uns die bewilligten 7116 M Staatszuschuß in Rücksicht darauf, daß derselbe ursprünglich für die hiesige Mittelschule bewilligt war, nicht nur beläßt, sondern, wenn irgend tunlich, noch erhöht. Die Kgl. Regierung wolle uns von der ergehenden Entscheidung recht bald Kenntnis geben.

Trotz der letzten Bitte ging die Antwort erst am 4. April 1895 ein: Auf den dies- 1895
bezüglichen Bericht erwidern wir dem Magistrat, daß die der Stadt Schwiebus gewährte widerrufliche Staatsbeihilfe von 7116 M unter keinen Umständen erhöht wird. Wir vermögen auch eine Zusicherung wegen der ferneren Gewährung dieses Betrages nicht zu erteilen, da die Stadt Schwiebus nicht so hoch mit Abgaben für Schulzwecke belastet ist, daß ihr nach den von dem Herrn Minister getroffenen Bestimmungen eine widerrufliche Staatsbeihilfe gegeben werden könnte.

Der Magistrat ließ endlich das Umwandlungsprojekt ganz fallen; er berichtet am 6. September 1895 in dieser Beziehung an die Kgl. Regierung: Es ist uns die Überzeugung geworden, daß sich der von den hiesigen Behörden geplanten Umwandlung der hiesigen Knabenmittelschule in eine höhere Lehranstalt unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, welche hauptsächlich in den bedeutenden Mehraufwendungen bestehen, welche die Umwandlung mit sich bringt und von der Stadt auf die Dauer nicht werden geleistet werden können. Wir werden deshalb den Plan fallen lassen müssen, sind aber von dem Wunsche erfüllt, die hiesige Knabenmittelschule entweder als vollständig ausgebaute revidierte Mittelschule, oder aber als nicht völlig ausgebaute Realschule — es würde ihr die erste Klasse fehlen — bestehen und die drei untersten Vorschulklassen eingehen zu lassen. Die Kgl. Regierung bitten wir, uns in dieser Beziehung ihren Rat nicht versagen und uns mitteilen zu wollen, welches von beiden Systemen und eventuell, ob ein anderes vorzuziehen sein möchte, ohne daß die Ausgaben sich wesentlich erhöhen. Ferner ist es unsere Überzeugung, daß die Mädchenmittelschule trotz der hohen Kosten, die sie verursacht, bei weitem nicht das leistet, was man von ihr erwartet hat. Wir haben deshalb die Frage erwogen, ob es nicht zweckmäßig wäre, diese Schule eingehen zu lassen und die Mädchen der Volksschule zuzuweisen. Es würde sich dieser Plan zur Zeit ohne große Schwierigkeiten durchführen lassen, da von den an dieser Schule unterrichtenden Lehrerinnen eine sich verheiratet hat und am 1. April aus dem Lehramte scheidet, eine zweite Lehrerin wegen Krankheit in kurzer Zeit sich wird pensionieren lassen müssen und die erste Lehrerin ihrer Pensionierung keine Schwierigkeiten entgegengesetzt, während die beiden an der Mädchenschule noch unterrichtenden Lehrer an der Knabenmittelschule verwertet werden könnten. Hierdurch und durch das Eingehenlassen der drei Vorschulklassen an der jetzigen Knabenmittelschule würden daselbst mehrere Lehrkräfte entbehrlich, welche bei den Volksschulen, wo sie fehlen, verwertet werden könnten. Außerdem werden die 5 Schulklassen, welche jetzt die Mädchenmittelschule inne hat, für die Volksschule disponibel, ebenso die Klassen, in denen jetzt die 3 Vorschulklassen der Knabenmittelschule unterrichtet werden. Hierdurch würde die Notwendigkeit der kostspieligen Beschaffung neuer Schulräume vorläufig von uns abgewendet, ebenso die Anstellung neuer Lehrkräfte.

Der Bürgermeister Warzecha hatte am 17. September 1895 in Verfolg dieser Angelegenheit eine Audienz bei dem Dezerenten der Regierung und wurde auf die Schulverhältnisse der Stadt Sommerfeld hingewiesen.

Die Sache blieb beim alten: Die Knabenmittelschule blieb als unvollständige Realschule bestehen; Mädchenmittelschule und Vorschule der Knabenmittelschule gingen nicht ein.

1896 Am 11. April 1896 reichte Rektor Timm an den Magistrat folgenden Antrag ein: Den Magistrat ersuche ich, von Ostern 1896 an die Bezeichnung unserer Knabenschule: „Evangelische Mittelschule für Knaben“ in die andere: „Höhere Bürgerschule“ umwandeln zu wollen. Den Rahmen einer Mittelschule haben wir längst überschritten seit Ostern 1892 und auf unsere Verhältnisse angewendet giebt diese Benennung nur zu Mißverständnissen Veranlassung. Die den Verhältnissen am besten entsprechende Bezeichnung: „Unvollständige Realschule“ klingt nicht schön und schließt auch inso-

fern eine Unrichtigkeit in sich, als eine Schule zur Realschule immer erst durch die uns fehlende Kgl. Bestätigung wird. Durch die Verfügung vom 6. Januar 1892 sind die früheren „Höheren Bürgerschulen“ als Realschulen charakterisiert und bezeichnet. Wenn nun unsere Schule „Höhere Bürgerschule“ genannt wird, so vermeiden wir einerseits die Unklarheit, welche in den Bezeichnungen Mittelschule und Realschule (insofern letzterer die Berechtigung zur Abhaltung der Abschlußprüfung und die Ausstellung eines Berechtigungszeugnisses für den einjährig-freiwilligen Dienst zukommt) liegen, andererseits kennzeichnen wir ganz bestimmt die Richtung, in welcher das Unterrichtsziel unserer Anstalt liegt und in welcher sich der Unterricht bewegt, gleichsam anknüpfend an die „Höhere Bürgerschule“ vor 1892. Dadurch würde dem veränderten Charakter unserer Schule auch äußerlich Rechnung getragen.

Der diesbezügliche Antrag des Magistrats wurde von der Regierung abgelehnt. Die Bezeichnung „Höhere Bürgerschule“ wurde für unzulässig erklärt. Auf die weitere Bitte des Magistrats, eine passende Benennung für die hiesige Schule vorschlagen zu wollen, erklärte die Kgl. Regierung: Die Schule in Sommerfeld, welche dem Unterricht im allgemeinen den Lehrplan eines Gymnasiums zu Grunde gelegt hat, ohne jedoch als solches ausgebaut zu sein, führt den Namen „Höhere Knabenschule“. — Der Magistrat wählte auch diese Bezeichnung für die hiesige bisherige Knabenmittelschule. Der betreffende Beschluß wurde von der Kgl. Regierung unter dem 2. September 1896 bestätigt.

Der Wunsch, am hiesigen Orte eine höhere Schule zu besitzen, war fortwährend in der Bürgerschaft rege geblieben und fand seinen Ausdruck bei verschiedenen Gelegenheiten. So brachte die Etatsberatungskommission im Januar 1898 in ¹⁸⁹⁸Vorschlag, den Magistrat zu ersuchen, Schritte dahin zu tun, daß die Knabenmittelschule in eine höhere Schule (Realschule) umgewandelt und eventuell vom Staat übernommen werde unter der Voraussetzung, daß seitens der Stadt das Gebäude und die für die Knabenmittelschule jetzt aufgewendeten Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Nachdem Schuldeputation und Magistrat sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt hatten, wandte sich letztere Behörde am 13. Juni 1898 wieder an die Regierung und führte ungefähr folgendes aus: Das Bedürfnis, die hiesige Anstalt in eine Realschule umzuwandeln, hat sich in letzter Zeit immer mehr gesteigert, indem die hohen, stets wachsenden pekuniären Aufwendungen seitens der Stadt nicht den Vorteilen gleichgestellt werden können, die die Anstalt in ihrem jetzigen Charakter den hiesigen Einwohnern zu bieten im stande ist. Die städtischen Körperschaften sind daher der Ansicht, daß der Plan der Umwandlung der Schule durchaus wieder aufgenommen werden muß, wenn sie sich auch bewußt sind, daß höhere Opfer werden gebracht werden müssen. Wenn auch nach wie vor die Stadt zu den größten Opfern bereit ist, eine diesbezügliche Genehmigung zu erwirken, so wird sich doch der Plan nur mit Hilfe des Staates verwirklichen lassen und zwar, wenn sich der Staat bereit finden würde, die Schule zu übernehmen. Bevor wir nach dieser Richtung hin weitere Schritte tun, bitten wir, uns informieren und mit Rat versehen zu wollen, auf welche geeignete Weise die Übernahme unserer höheren Knabenschule durch den Staat unter Umwandlung derselben zu einer Realschule angebahnt werden könnte, oder aber ob dieses unser Vorhaben nach dortiger Ansicht selbst bei Übernahme größter Verpflichtungen keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat.

Die unter dem 30. Juli 1898 abgefaßte Regierungsantwort lautet: Wenn der Magistrat aufs neue dem Plane der Umwandlung der dortigen höheren Knabenschule in eine Realschule näher treten will, geben wir folgendes zu bedenken: 1.) Es muß, bevor der Magistrat den Ausbau einer höheren Lehranstalt ins Auge faßt, nach jeder Richtung hin für das städtische Volksschulwesen in vorschriftsmäßiger Weise gesorgt sein. Insbesondere müssen die Volksschulgebäude in gutem und ausreichendem Zustande sein, die entsprechenden Lehrkräfte in hinreichender Anzahl vorhanden und angemessen besoldet sein; 2.) muß das unabweisliche Bedürfnis zu einer Realschule dargetan werden. Dies geschieht durch einen ausführlichen Bericht, dem eine Frequenzliste für die einzelnen Klassen, in welcher auch der Stand der Eltern vermerkt wird, beizufügen ist; 3.) ist der Magistrat verpflichtet, das Schulhaus für die zu errichtende Anstalt den Anforderungen der Behörde gemäß einzurichten und die Anstalt mit den erforderlichen Lehrmitteln auszustatten; 4.) ist der Etat der Anstalt nach den Normalbesoldungsplänen für Lehrer höherer Anstalten aufzustellen und der Behörde einzureichen. In den Etat sind selbstverständlich auch die sachlichen Kosten aufzurechnen; 5.) hat sich der Magistrat zur Unterhaltung der Anstalt prinzipiell zu verpflichten, denn auf eine Staatsbeihilfe kann nicht mit einiger Sicherheit gerechnet werden. Der Magistrat hat zur Prüfung der finanziellen Lage, beziehungsweise der Leistungsfähigkeit der Stadt Schwiebus den städtischen Etat und eine Steuernachweisung der städtischen Bewohner einzureichen; 6.) muß die höhere Knabenschule auf ihren Lehrplan und auf die erzielten Leistungen hin einer schultechnischen Prüfung unterzogen werden.

Die zuständigen Behörden sind das Kgl. Provinzialschulkollegium und der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu Berlin.

Seitens der Schuldeputation wurde nun zunächst Rektor Timm ersucht, die erforderlichen Schullisten aufzustellen. Die beiden Listen mögen hier folgen:

Schulbesuch (1891—1898).

Klasse	18 ⁹¹ / ₉₂	18 ⁹² / ₉₃	18 ⁹³ / ₉₄	18 ⁹⁴ / ₉₅	18 ⁹⁵ / ₉₆	18 ⁹⁶ / ₉₇	18 ⁹⁷ / ₉₈	18 ⁹⁸ / ₉₉
Untersecunda	—	—	5	4 löst sich Mich. auf	—	—	—	Siehe folgende Tabelle
Obertertia (I)	—	5	3	11	6	5	8	
Untertertia (jetzt II)	12	8	20	13	14	13	10	
Quarta	17	26	24	23	24	18	25	
Quinta	31	24	26	22	25	28	18	
Sexta	25	28	31	33	34	21	24	
Septima	20	30	23	36	14	25	11	
Octava	25	21	28	14	25	15	21	
Nona	21	28	14	29	15	24	19	
Summe	151	170	174	185	157	149	136	
An lateinisch. Unterrichte nahmen teil	—	14	12	14	13	15	13	
Aus der Stadt waren	134	147	149	160	146	142	132	
Von auswärts waren	17	23	25	25	11	7	4	8

Schulbesuch 1898|99.

Klasse	Schülerzahl	Davon Söhne von					Lehrern	anderen Personen
		Großindustriellen	kleineren Gewerbetreibend.	Kaufleuten	Personen gelehrter Berufe	Unterbeamten		
Obertertia I.	6	—	3	2	—	1	—	—
Untertertia II.	19	1	12	2	—	—	2	2 Hotelbesitzer
Quarta III.	16	2	6	5	—	1	2	—
Quinta IV.	18	2	6	6	1	1	1	1 Bauerngutsbes.
Sexta V.	19	1	4	3	—	5	4	2 Bauerngutsbes.
Septima VI.	22	3	6	5	—	5	1	1 Böttner 1 Bauerngutsbes.
Octava VII.	22	1	11	2	1	3	2	2 Rittergutsbes.
Nona VIII.	18	1	4	4	1	3	4	1 Rittergutsbes.
Summe	140	11	52	29	3	19	16	10

4 Michaelis abgegangen.

Gegenwärtiger Bestand 136.

Gleichzeitig wurde der Kämmerereikassenrendant Kühne beauftragt, einen neuen Etatsentwurf auszuarbeiten. Derselbe legte den Entwurf am 16. Januar 1899 dem 1899 Magistrate vor. In diesem Etatsentwurfe sind vorgesehen: 1 Direktor, 3 Oberlehrer, 1 wissenschaftlicher Hilfslehrer, 2 Mittelschullehrer, 1 Elementarlehrer, 1 Schuldiener, für die (2klassige) Vorschule 2 Elementarlehrer. Die Ausgabe beträgt 35 172,00 M., die Einnahme an Schulgeld 8952,00 M., mithin Zuschuß der Stadt 26 220,00 M.

Um die Jahrhundertswende trat an die Spitze des Magistratskollegiums und der 1900 Stadt der Bürgermeister Stadthagen. Seinem rastlosen Streben ist es zu danken, daß die Stadt endlich in den Besitz einer höheren Lehranstalt gelangte; besonders seine persönlichen Audienzen bei der Kgl. Regierung in Frankfurt a. O., bei dem Kgl. Provinzial-Schulkollegium und dem Ministerium in Berlin haben zur Erreichung des Zieles viel beigetragen.

Das Bedürfnis nach einer höheren Schule wurde in der Bürgerschaft mehr und mehr empfunden. Das ging aus Zuschriften an die städtischen Körperschaften und aus eingesandten Artikeln in den hiesigen Lokalblättern hervor. Dieser allgemeinen Empfindung gleichsam Ausdruck gebend, wandte sich der Kgl. Kreisschulinspektor Oberpfarrer Kopp am 9. Januar 1900 an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben: Der jetzigen höheren Knabenschule, die nach dem Plane einer Realschule arbeitet, fehlt jeder durchaus nötige Abschluß der Bildung; sie ist ein Torso und entläßt ihre Schüler mit der mangelhaften Bildung eines Untertertianers. Da der Lateinunterricht für eine Realschule nicht lehrplanmäßig ist, so entsteht für diejenigen Schüler, die diesen Lehrgegenstand für später nötig haben, die Schwierigkeit, ihn zu den lehrplanmäßigen Stunden noch heranzuziehen; eine Überbürdung ist somit wenigstens nicht ausgeschlossen. Dazu kommt, daß die Schule, so wie sie jetzt ist, trotz ihrer vielen Mängel der Stadt eine schwere Summe Geld kostet, ohne daß doch die breite Masse der Ge-

werbetreibenden und besser situierten Handwerker für ihre Kinder einen wesentlichen Nutzen davon haben und demgemäß, von dieser Erkenntnis durchdrungen, immer mehr geneigt sind, ihre Kinder der Volksschule anzuvertrauen. Es ist zu Ostern dringend die Anstellung eines wissenschaftlichen und eventuell eines Mittelschullehrers nötig. Ich schlage aus diesen Gründen deshalb vor, nochmals die Umwandlung unserer höheren Knabenschule in eine Realschule ins Auge fassen zu wollen. Was die Stadt dabei zu leisten hat, ist ja bekannt: es gilt, den Normalbesoldungssatz anzunehmen und eventuell auf den Zuschuß für das Volksschulwesen Verzicht zu leisten. Die pekuniären Opfer, die notwendig gebracht werden müssten, würden aber in keinem Verhältnisse stehen zu dem Maße tüchtiger, kerniger Volksbildung, das in den breiten Schichten unserer Bevölkerung sich alsdann bemerkbar machen würde, und das damit direkt und indirekt zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unserer Stadt beitragen würde.

Die Klassen würden sich wieder füllen, da in nächster Nähe keine Stadt mit gleichen Zielen sich befindet, und mancher armen Witwe würde durch die Möglichkeit, Pensionäre aufnehmen zu können, eine große Unterstützung zuteil werden. Ich halte den Einwand, daß wir an eine solche Umwandlung erst nach Erfüllung aller seitens der Regierung gestellten Forderungen bezüglich unseres Volksschulwesens denken könnten, für hinfällig: denn in der Besoldungsangelegenheit der Volksschullehrer befindet sich die Stadt in Übereinstimmung mit der Regierung, und die in dieser Angelegenheit noch schwebenden Verhandlungen dürften meines Erachtens die Realschulangelegenheit nicht aufhalten können, höchstens könnte der Bau des neuen Volksschulhauses unweigerliche Bedingung sein, aber auch hier würden sich die Behörden, sobald dieser Bau nur außer allem Zweifel steht, zufrieden geben.

Will aber die Stadt trotz der unleugbaren Vorteile, die sich mit der Gründung einer Realschule für alle Kreise der Bevölkerung darbieten würden, diesen Plan nicht realisieren, so schlage ich vor, den jetzt bestehenden Zustand zu beseitigen und eine ordentliche Mittelschule mit eingegliedertem Lateinunterricht wieder einzurichten. Hier würde es auch möglich sein, die Knaben, wie jetzt, für die Obertertia einer Vollanstalt zu fördern, und dabei den anderen, die keine weitere Schulbildung genießen können, doch die Möglichkeit eines gewissen Abschlusses ihrer Bildung zu geben. Von der Entscheidung dieser Frage wird die oben erwähnte Anstellung eines wissenschaftlichen Lehrers und eventuell eines Mittelschullehrers abhängen müssen. Jedenfalls sind alle diese Fragen, die die Bürgerschaft seit langem beschäftigen, zur Zeit wieder so brennend geworden, daß ich vorschlagen möchte, die städtischen Behörden möchten zur leidenschaftslosen Prüfung derselben eine Kommission wählen, der ich gerne ratend zur Seite stehen will. So wie es jetzt ist, ist unser ganzes höheres Schulwesen verfahren und wird ohne grundsätzliche Änderung auch verfahren bleiben.

Der Magistrat beschloß, die Beratung der zur Prüfung der Finanzverhältnisse, Bedürfnisse pp. niedergesetzten Kommission zu überweisen. Letztere nahm in ihrer Sitzung vom 2. Februar 1900 Kenntnis von dem Schriftstück des Kgl. Kreisschulinspektors Oberpfarrers Kopp und erkannte die Berechtigung seiner Ausführungen an.

Am 5. November 1900 ging dem Magistrat eine Eingabe aus der Bürgerschaft zu, in welcher der hiesige Bürgerverein folgendes ausführte: In Anbetracht der Tat-

sache, daß eine höhere Lehranstalt in bildender, wie in wirtschaftlicher Beziehung für unsere Stadt außerordentlich segenbringend sein würde, sowie auch geeignet wäre, ihren guten Ruf einer regen, vorwärts strebenden Kommune nicht unwesentlich zu erhöhen, hat der Bürgerverein seit Jahren bereits sich bemüht, die Einrichtung einer solchen Unterrichtsanstalt anzustreben. Seine Mitglieder sind durchaus überzeugt, daß unsere städtische Behörde, von der Wichtigkeit einer höheren Schule durchdrungen, zur Verwirklichung dieses Wunsches der gesamten Einwohnerschaft es am besten Willen nicht fehlen ließ, und ist auch die heutige Versammlung sich wohl bewußt, daß nur die unabweisbare Erledigung anderer, wichtigerer, kostenreicher kommunaler Aufgaben das Schulprojekt leider immer wieder in den Hintergrund zu drängen vermochte. Der Bürgerverein glaubt jedoch, daß es das Interesse aller hiesigen Kreise erfordere, daß diese schwebende Angelegenheit endlich einmal zum Abschluß gebracht werden muß, und hält gegenwärtig bei der Frage der Anleihen und des Schulhausbaues den Zeitpunkt für gekommen, neue Anregung dazu zu geben. Es erlaubt sich daher die heute am 5. November im Saale des Märkischen Hofes tagende Versammlung des Bürgervereins, den Magistrat zu bitten, die Umwandlung unserer jetzigen höheren Knabenschule in eine Vollanstalt tunlichst zu beschleunigen, eine diesbezügliche Vorlage alsbald der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten und zur Erreichung des genannten Ziels etwaige unproduktive Projekte nicht auszuführen, beziehungsweise bei ihrer Ausführung zu sparen und eventuell die Erschließung neuer Einnahmequellen in Erwägung zu ziehen. — Das Schriftstück hatte 72 Unterschriften.

Anläßlich der Beratung des Haushaltungsplanes in der Kommission am 25. Februar 1901 stellte Dr. Michaeli den Antrag, eine besondere gemischte Kommission zur Beratung der schwebenden Frage der Umwandlung der höheren Knaben- in eine Realschule zu bilden. Diese Kommission wurde zwar nicht gewählt, vielmehr die Schuldeputation mit der Sache beauftragt, aber letztere seitens der Stadtverordnetenversammlung durch deren Mitglieder Dr. Michaeli und Hermann Knispel, seitens des Magistrats durch den Ratsherrn Frotscher verstärkt. Von dieser Kommission erhielt Rendant Kühne den Auftrag zur erneuten Aufstellung eines Etatsentwurfs unter Gegenüberstellung des Zuschusses, welchen die gegenwärtig bestehende höhere Knabenschule bei Berücksichtigung der neuen Besoldungsordnung städtischerseits fordert, und der Kosten, beziehungsweise des Zuschusses a.) für eine Vollanstalt, b.) für eine Anstalt von geringerer als neunjähriger Kursusdauer. Diese Etatsentwürfe wurden am 19. April überreicht. Für eine Vollanstalt, 9klassige höhere Schule mit Vorschule, balanziert der Etat mit 47 600 M (Mehrbelastung 21 000 M). Verlangt werden 1 Direktor, 4 Oberlehrer, 2 Mittelschullehrer, 1 Zeichenlehrer, 3 Vorschullehrer, 1 Schuldiener. Für eine 6klassige lateinlose Realschule mit Vorschule balanziert der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 38 100 M (Mehrbelastung 13 500 M). Verlangt werden 1 Direktor, 2 Oberlehrer, 1 wissenschaftlicher Hilfslehrer, 2 Mittelschullehrer, 1 Elementarlehrer (geprüfter Zeichenlehrer), 3 Vorschullehrer, 1 Schuldiener.

1½ Jahr lang ruhte nun scheinbar die Angelegenheit, doch nur scheinbar; denn in dieser Zeit holte der Bürgermeister Stadthagen aus den Städten mit teilweise höheren Schulen Sommerfeld, Crossen a. O., Arnswalde, Haynau i. Schl., Charlottenburg, Schöneberg b. Berlin, Finsterwalde, Jüterbog, Löwenberg (Schlesien), Neuruppin, Lübben, Fürsten-

walde, Wolgast, Eilenburg, Spremberg i. L., Straußberg Auskünfte ein, um sich die nötigen Unterlagen zu verschaffen, nunmehr energisch zur Erreichung des Zieles vorzugehen.

1903 In der Schuldeputationssitzung vom 23. Oktober 1903 erstattete der Bürgermeister Bericht über das Ergebnis einer Unterredung mit dem Geheimrat Gruhl im Kultusministerium in Sachen des Realschulprojekts und teilte u. a. mit, daß nach Ansicht des genannten Dezenten die Gewährung einer Staatsbeihilfe mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Staates und die in dieser Beziehung ergangenen Anordnungen des Herrn Finanzministers ausgeschlossen erscheine.

Die Frage, ob nicht eine andere Form der höheren Lehranstalt als die Realschule für Schwiebus geeignet sei, war in der Zwischenzeit aufgetaucht und vielfach erörtert worden. Offiziell beschäftigte sich mit derselben die Schuldeputation am 1. Februar 1904. Nach längerer Besprechung der Frage der Einrichtung einer höheren Schule in Schwiebus beschließt man, die Gründung eines Realprogymnasiums zu empfehlen. Der anwesende Rektor Timm erachtet nach wie vor die Gründung einer Realschule für wünschenswert. Über die Frage, ob und eventuell in welcher Zahl Vorschulklassen eingerichtet werden sollen, wird ein endgültiger Beschluß nicht gefaßt.

Am 4. März wird die Frage von der genannten Behörde nochmals erwogen; an dieser Sitzung nahmen die von der Stadtverordnetenversammlung für diese Angelegenheit gewählten Vertreter Dr. Michaeli und Knispel teil. Die Beschlüsse vom 1. Februar wurden aufrecht erhalten; auch sprach man sich dahin aus, daß die Angliederung einer oder mehrerer Vorschulklassen wünschenswert sein dürfte. Am 9. März schloß sich der Magistrat dem an mit dem Zusatze, die Einrichtung eines Realprogymnasiums vom 1. April 1905 ab in die Wege zu leiten.

Es galt nun zunächst wieder, für das neue Projekt den Kostenpunkt festzustellen. Rendant Kühne hatte schon die nötigen Entwürfe gemacht: für eine 6klassige Realschule mit Vorschule 39500 M jährlich (14400 M mehr städtischer Zuschuß als bisher), für ein 6klassiges Realprogymnasium 44260 M (wegen erhöhten Schulgeldes nur 13350 M mehr Zuschuß als bisher). Obgleich Rektor Timm noch einmal eine Lanze für die Realschule einlegte, schlossen sich die Stadtverordneten am 15. März dem Magistratsbeschlusse an, die höhere Knabenschule vom 1. April 1905 ab in ein 6klassiges Realprogymnasium umzuwandeln.

Da bis jetzt der Lateinunterricht in der höheren Knabenschule erst von V an fakultativ erteilt worden war, der Wunsch aber bestand, das Realprogymnasium Ostern 1905 mit 2 Klassen ins Leben treten zu lassen, so mußte, wenn dies ermöglicht werden sollte, das Latein schon Ostern 1904 in VI obligatorisch eingeführt werden, überhaupt der Lehrplan dieser Klasse nach dem des Realprogymnasiums eingerichtet werden. Die Zeit, um hierzu die Genehmigung der Kgl. Regierung als der vorgesetzten Behörde zu erhalten, war knapp bemessen. Es ließ sich nicht annehmen, daß sich dies in der kurzen Frist auf schriftlichem Wege erreichen ließe. Deshalb beschloß der Magistrat, den Kgl. Kreisschulinspektor Oberpfarrer Kopp zu ersuchen, alsbald bei der Kgl. Regierung zu Frankfurt a. O. persönlich vorstellig zu werden. Eventuell sollte später wegen Erhaltung des Staatszuschusses der Bürgermeister nach Frankfurt reisen. Das Resultat der Unterredung des Kreisschulinspektors mit dem Regierungsrat Schneider war ein günstiges. Die VI wurde zu Ostern 1904 eingerichtet.

Es galt nun wieder, für die Errichtung des Realprogymnasiums in Bezug auf den Kostenpunkt sichere Unterlagen zu gewinnen. Der Magistrat zog deshalb aus solchen Städten, in welchen sich Realgymnasien befinden, Erkundigungen ein; ferner ließ er eine Frequenzliste der hiesigen Volksschulklassen aufstellen; Erkundigungen wurden eingezogen in Wollin, Behrendt, Bitterfeld, Buxtehude, Culm a. W., Eschwege, Frankenstein, Freiburg i./Schl., Pr. Friedland, Gardelegen, Goldberg, Havelberg, Kempen i. Pos., Lauenburg, Loetzen, Löwenberg i. Schl., Lübben, Nauen, Rawitsch, Rissenberg i. Westp., Sprottau, Striegau, Wriezen, Einbeck. Frequenz der evangelischen Mädchenvolksschule am 22. April 1904: I. Klasse 52 Kinder, IIa Klasse 47 Kinder, IIb Klasse 43 Kinder, IIIa Klasse 40 Kinder, IIIb Klasse 42 Kinder, IVa Klasse 42 Kinder, IVb Klasse 42 Kinder, V. Klasse 87 Kinder, VI. Klasse 78 Kinder, VIIa 41 Kinder, VIIb 42 Kinder. Evangelische Knabenvolksschule: I. Klasse 50 Kinder, IIa Klasse 44 Kinder, IIb Klasse 45 Kinder, IIIa Klasse 38 Kinder, IIIb Klasse 37 Kinder, IVa Klasse 41 Kinder, IVb Klasse 41 Kinder, V. Klasse 64 Kinder, VI. Klasse 82 Kinder, VIIa Klasse 49 Kinder, VIIb Klasse 48 Kinder. Katholische Volksschule: I. Knabenklasse 49 Kinder, I. Mädchenklasse 52 Kinder, II. Klasse 60 Kinder, III. Klasse 55 Kinder, IV. Klasse 44 Kinder, V. Klasse 51 Kinder, VI. Klasse 57 Kinder.

Am 3. Mai verhandelte Bürgermeister Stadthagen in Frankfurt a. O. mit dem Regierungspräsidenten v. Dewitz, dem Oberregierungsrat v. Schroetter und dem Geh. Regierungsrat Klapp wegen Belassung des Staatszuschusses für die Volksschule. Dieser Audienz ist es wohl zu verdanken, dass der Zuschuss der Stadt erhalten blieb.

Am 26. Mai richtete der Magistrat an die Kgl. Regierung eine Eingabe, in welcher zunächst die hiesigen Volksschulverhältnisse und deren Entwicklung (nach dem Bau des neuen Volksschulgebäudes) eingehend erläutert wurden. Dann heißt es weiter: Für die städtischen Körperschaften ist der Gedanke leitend gewesen, den Bewohnern von Schwiebus eine Anstalt zu schaffen, die einerseits die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Dienst zu erteilen vermag, andererseits eine Vorstufe für Studienzwecke bildet. Nach beiden Richtungen hin hat sich das Bedürfnis außerordentlich fühlbar gemacht. Die Mittel für diesen Zweck sind daher ohne Einschränkung bereit gestellt, wenn auch der Hoffnung Raum gegeben wird, daß die Staatsbehörde fürsorgend mit eintreten werde. Zur Begründung erlauben wir uns folgendes anzuführen: Die Stadt Schwiebus ist eine vorzugsweise gewerbetreibende. Die Erzeugnisse ihrer Großindustrie gehen über die Grenzen Deutschlands hinaus. Auch das kleinere Handwerk hat durch ernstes Streben und Tüchtigkeit mehr und mehr seine Leistungsfähigkeit erwiesen. Um diese Erfolge fernerhin zu behaupten, ist es notwendig, der jüngeren Generation eine Schulbildung zu ermöglichen, die diesen daraus erwachsenden hohen Anforderungen entspricht. Bemittelte Eltern führen ihre Söhne auswärtigen Schulen zu. Den aufstrebenden weniger Bemittelten ist ein höherer Bildungsgang verschlossen, und doch ist gerade die Rücksicht auf die letzteren außerordentlich wichtig und nötig. Erwähnt sei noch, daß hier häufig Beamte der Post, der Eisenbahn und des Gerichts ihre Versetzung nach Städten zu beantragen pflegen, welche bessere Schulgelegenheiten bieten. Dieser Mangel in Schwiebus verhindert auch den Zuzug von Familien, die hier sonst gern Wohnung nehmen würden.

Nach Abstellung des gedachten, vielfach beklagten Mangels würden der Stadt Schwiebus steuerkräftige Einwohner erhalten und solche zugeführt werden. Nachdem die Absicht der Stadt bezüglich des Ausbaues der höheren Knabenschule bekannt geworden war, zeigte sich das Interesse für dieselbe in der durchschnittlich gut situierten ländlichen Bevölkerung in hohem Maße. Für die 6. Klasse wurden Ostern d. Js. 7 Schüler aus Kreisen aufgenommen, auf welche sonst nicht zu rechnen gewesen wäre. Es steht zu erwarten, daß der neuen Anstalt eine beträchtliche Anzahl auch weiterhin zugeführt werden wird. Die für den 1. Oktober 1904 beschlossene Eingemeindung des Dorfes Salkau in die Stadt Schwiebus erhöht deren Einwohnerzahl auf nahezu 10 000; die Stadt überragt damit eine große Anzahl derjenigen Städte, die mit Vollarständen ausgerüstet sind. — In der Verwirklichung dieses Planes erblickt die Stadtverwaltung auch einen wesentlichen wirtschaftlichen Fortschritt. Weiterhin werden erfahrungsmäßig seitens der auswärtigen Eltern Bedürfnisse in der Stadt gedeckt, die sonst anderswo befriedigt werden. Kaufleuten und Handwerkern würden damit reichlichere Verkaufsgelegenheiten geboten, welche diese Stände entsprechend steuerkräftiger machen. In der Mitte zwischen Frankfurt a. O. und Posen ist Schwiebus die bedeutendste Stadt sowohl bezüglich der Seelenzahl als auch bezüglich des gewerblichen Lebens. Mit der Errichtung einer höheren Unterrichtsanstalt wird das wirtschaftliche Leben weiter gekräftigt werden. Endlich dürfte gerade in der Entlastung großer und größerer Städte durch Begründung höherer Schulen in mittleren und kleineren Städten in vielfacher Beziehung ein Vorteil zu erblicken sein. — Das Mittelschulgebäude, welches sich im besten baulichen Zustande befindet und mit einer Centralheizungsanlage ausgestattet ist, steht von Ostern 1905 ab ausschließlich für Zwecke des zu errichtenden Realprogymnasiums zur Verfügung. Die gegenwärtige Schule ist schon jetzt den Anforderungen einer Realschule entsprechend mit Lehrmitteln ausgestattet. Es werden jährlich weitere Mittel fortlaufend in den Schuletat eingestellt werden, sodaß spätestens bei der zu erhoffenden staatlichen Anerkennung der Lehranstalt die erforderlichen Lehrmittel ausreichend vorhanden sein werden.

Die Kgl. Regierung gab diese Eingabe am 13. Juni an das Kgl. Provinzial-Schulkollegium weiter: Da wir das Vertrauen haben, daß die Stadt Schwiebus auch fernerhin das Bestreben zeigen wird, den Bedürfnissen der Volksschule zu entsprechen, haben wir kein Bedenken vorzubringen, empfehlen vielmehr den Plan wohlwollender Erwägung. — Das Kgl. Provinzial-Schulkollegium verlangte eine gutachtliche Äußerung über die Frage des Bedürfnisses der Errichtung einer 6klassigen höheren Lehranstalt in Schwiebus und über die Frage, ob die Stadtgemeinde hinreichend leistungsfähig sei, um eine solche Anstalt dauernd aus eigenen Mitteln zu unterhalten. Wir bemerken, so heißt es weiter, daß die Stadtgemeinde auf einen Staatszuschuß nicht zu rechnen hat, und daß die von ihr zur Unterhaltung einer 6klassigen höheren Lehranstalt aufzuwendenden Kosten auf rund 30 000 M jährlich veranschlagt werden müssen.

Der Magistrat gab auf Anforderung der Regierung die erforderlichen Nachweise zur Beantwortung der vom Kgl. Provinzial-Schulkollegium aufgeworfenen Fragen. Die Sache ließ also ihre Erledigung im günstigen Sinne hoffen. Es erfolgte aber am 1. September folgender Bescheid des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums an die städtische Behörde:

Die Kgl. Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, in Frankfurt a. O. hat uns den Antrag des Magistrats vom 26. Mai cr. auf Genehmigung zur Errichtung eines Realprogymnasiums zur zuständigen Erledigung übersandt. Wir haben zunächst den Herrn Regierungspräsidenten um eine gutachtliche Äußerung darüber ersucht, ob die Stadtgemeinde Schwiebus finanziell leistungsfähig ist, um eine 6klassige höhere Lehranstalt dauernd aus eigenen Mitteln zu erhalten. Nach dem Gutachten des Herrn Regierungspräsidenten ist die Stadtgemeinde hierzu ohne Beeinträchtigung ihrer sonstigen wirtschaftlichen Aufgaben nicht imstande. Dabei ist nur berücksichtigt, daß die Mehraufwendung gegenüber den Ausgaben für die jetzige höhere Knabenschule 14 405 M, wie der Magistrat berechnet hat, betragen werde. Aber abgesehen davon, daß der Betrag von 14 405 M zu niedrig berechnet ist, weil die für ein Realprogymnasium veranschlagte Frequenz von 150 Schülern zu hoch ist, muß in Betracht gezogen werden, daß im Falle der Errichtung einer höheren Lehranstalt der Stadtgemeinde die für die Volksschulen gewährte widerrufliche Staatsbeihilfe von 8746 M und der Zuschuß für die höhere Knabenschule von 1500 M entzogen werden würde. Ein Staatszuschuß für die höhere Lehranstalt, auf den die Stadt zu hoffen scheint, wird keinesfalls gewährt werden, da grundsätzlich bei Errichtung höherer Lehranstalten den Kommunen die Verpflichtung auferlegt wird, für jetzt und in Zukunft auf einen Staatszuschuß zu verzichten. Auch die Bedürfnisfrage unterliegt begründeten Bedenken. Nach der Zusammensetzung der Bevölkerung scheint uns eine Mittelschule am besten dem Bedürfnis zu entsprechen. Bei dieser Sachlage ist ein Antrag an den Herrn Unterrichtsminister auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung eines Realprogymnasiums aussichtslos.

Mit diesem Schreiben war die Sache wieder auf einem bedenklich kritischen Standpunkte angekommen. „Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht!“ Der Bürgermeister Stadthagen verhandelte persönlich am 3. Oktober in Frankfurt a. O. mit dem Regierungspräsidenten v. Dewitz und dem Oberregierungsrat v. Schroetter. Eine erneute Eingabe an den Regierungspräsidenten wurde vereinbart. Im November hatte der genannte Bürgermeister ebenfalls in dieser Angelegenheit eine Audienz im Kgl. Provinzial-Schulkollegium mit dem Vizepräsidenten Dr. Mager und dem Dezernenten Regierungsrat Zacker.

Der Rektor Timm war um diese Zeit durch andauernde Krankheit seinen Berufspflichten entzogen. An seiner Stelle berichtete auf Anforderung unter dem 22. September über die angezweifelte Bedürfnisfrage ein Mitglied des Lehrerkollegiums der höheren Knabenschule folgendes an den Magistrat: Die hiesige höhere Knabenschule hat augenblicklich folgende Frequenz: Klasse IIIa 6 Schüler, Klasse IIIb 10 Schüler, Klasse IV 16 Schüler, Klasse V 13 Schüler, Klasse VI 28 Schüler, Klasse VII 13 Schüler, Klasse VIII 16 Schüler, Klasse IX 18 Schüler, im ganzen also 122. Als vor ungefähr einem Decennium die Schule in hoffnungsvoller Entwicklung war, die leider nicht zur Entfaltung gelangte, stieg die Zahl der Besucher schnell auf 157. Die Frequenz ist inzwischen auf die oben angegebene Anzahl gesunken. Es besuchen augenblicklich von unseren Schülern 32 auswärtige höhere Anstalten. Die meisten derselben würden sich jedenfalls hier die den höheren Schulen verliehene Berechtigung erworben haben, wenn ihnen in Schwiebus dazu Gelegenheit geboten wäre. Jene 32 Schüler

mitgezählt, würde schon jetzt die Frequenz der Anstalt über 150 betragen. Rechnet man nur — wenig genug — im Durchschnitt für jeden Schüler auf auswärtigen Anstalten eine Ausgabe von 600 Mark, so bezahlen die Schwiebuser Eltern für Erziehungszwecke an andere Orte jährlich die stattliche Summe von 19 200 Mark. Unsere Schüler gehen, wenn sie die hiesige höhere Knabenschule soweit wie möglich ausgenutzt haben, gewöhnlich auf die Realgymnasien nach Berlin und Frankfurt a. O. oder auf die Oberrealschulen und Realschulen unserer Provinz Brandenburg. Diese Anstalten sind aber in den betreffenden Klassen derartig überfüllt, daß trotz Anmeldung Monate lang vorher die Aufnahme neuer, von auswärts kommender Schüler auf Schwierigkeiten stößt, ja daß die Schüler aus Mangel an Raum in eine tiefere Klasse gesetzt werden, als ihnen nach Ausfall der Prüfung gebührt. Ich weise in dieser Beziehung auf die Vorgänge bei dem letzten Ostertermine hin. Die Stadt Schwiebus hat durch das Nichtvorhandensein einer höheren Schule ferner nach meiner Meinung den Nachteil, daß Beamtenfamilien mit Kindern ihre Versetzung an Orte, die ihren Söhnen eine bessere Ausbildung gewähren, beantragen und bei den Behörden bei diesen berechtigten Wünschen ein geneigtes Ohr finden. Die Versetzungen der Steuer- und Postbeamten in den letzten Jahren rechtfertigen diese Behauptung. Für das Bedürfnis einer höheren Schule in Schwiebus spricht: 1.) die große Zahl von Schwiebuser Schülern in höheren Schulen außerhalb; 2.) die Überfüllung in den betreffenden Klassen der Lehranstalten unserer Provinz, sodaß unsere Schüler nur noch unter Schwierigkeiten dort Platz finden; 3.) das Wegziehen, resp. das Nichthierherziehen von Rentiers und Familien, die mit Kindern gesegnet sind; 4.) Schüler von auswärts besuchen jetzt die hiesige Schule in VI 6 (früher war der Besuch eines auswärtigen Schülers schon ein Ausnahmefall).

Der Magistrat sprach sich in seiner Sitzung vom 5. Oktober einstimmig dahin aus, daß, selbst wenn der widerruflich gewährte Staatszuschuß für das Volksschulwesen, was nicht ausgeschlossen erscheint, der Stadt ganz oder teilweise entzogen werden sollte, doch noch immer die Einrichtung einer höheren Schule in Schwiebus von Ostern 1905 zu erstreben sei. Diesem Magistratsbeschlusse trat die Schuldeputation einstimmig am 10. Oktober bei.

Das letzte erfolgreiche Schreiben richtete der Magistrat an den Regierungspräsidenten am 27. Oktober 1904; dieser Eingabe sei folgendes entnommen: Die städtischen Körperschaften haben nach Kenntnisnahme des negativen Bescheides des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums beschlossen, das Projekt der Errichtung eines Realprogymnasiums gleichwohl nicht fallen zu lassen, vielmehr erneut an zuständiger Stelle vorstellig zu werden. In dem vorgedachten Bescheide wird ein Antrag an den Herrn Unterrichtsminister auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung des geplanten Realprogymnasiums als aussichtslos bezeichnet und hierbei insbesondere hervorgehoben, daß die hiesige Stadt nach dem eingeholten dortseitigen Gutachten zur dauernden Unterhaltung einer sechsklassigen höheren Lehranstalt aus eigenen Mitteln ohne Beeinträchtigung ihrer sonstigen wirtschaftlichen Aufgaben nicht imstande sei. Es möge uns gestattet sein, demgegenüber mit nachstehenden Ausführungen vorstellig zu werden: Als sich unter den wirtschaftlichen Aufgaben der hiesigen Stadtgemeinde auch das Bedürfnis der Errichtung einer höheren Lehranstalt immer unabweislicher in den Vordergrund

drängte, haben die städtischen Körperschaften vornehmlich auch die Frage der Leistungsfähigkeit der hiesigen Stadtgemeinde gegenüber jenem Projekt in ernstliche Erwägung gezogen. Wenn auch die städtischen Körperschaften hierbei nicht verkannt haben, daß das Realprogymnasium mit seiner Einrichtung und Unterhaltung nicht zu unterschätzende, dem Stadtsäckel zur Last fallende Opfer erfordern wird, so haben sie sich gleichwohl entschlossen, lieber diese Opfer zu bringen, als die hiesige Stadtgemeinde noch länger den Nachteilen auszusetzen, welche aus dem Fehlen einer höheren Lehranstalt für das Gemeinwohl erwachsen und ja auch die Leistungsfähigkeit der hiesigen Stadtgemeinde indirekt nicht unerheblich beeinflussen. (Es wird dann auf das in einer Anlage beigefügte, oben angeführte Gutachten über die Bedürfnisfrage verwiesen). Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der angeführte Einheitssatz von 600 M für jeden der 32 hiesigen Söhne, welche gegenwärtig auswärtige höhere Schulen besuchen, als zu niedrig bemessen zu bezeichnen ist und sich in Wirklichkeit bei weitem höher stellen dürfte. Von seiten der hiesigen Eltern werden demnach für ihre auswärtigen Söhne mehr denn (32 mal 600 =) 19200 M jährlich für Schulzwecke nach auswärts aufgewendet. Diese stattliche Summe würde sicher der Stadt erhalten bleiben, wenn den Söhnen Gelegenheit geboten wäre, die den höheren Schulen verliehene Berechtigung am Orte zu erlangen. Daß die Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde durch die finanziellen Anforderungen für ein Realprogymnasium an die Stadtkasse beeinflußt wird, vermögen wir nur mit der Einschränkung anzuerkennen, daß nichtsdestoweniger die Stadtgemeinde, wie bisher, gewillt und imstande sein wird, auch den sonstigen als notwendig sich herausstellenden wirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden. Die Opferwilligkeit, welche die hiesigen städtischen Körperschaften in vollster Einmütigkeit in vorliegender Sache bezeigen, werden sie gewiß auch jeder anderen wirtschaftlichen Aufgabe entgegenbringen, welche sowie die Frage der Errichtung einer höheren Lehranstalt das Wohl und Wehe der Stadt und ihrer Bürgerschaft berührt. Wir zweifeln nicht, daß es uns gelingen wird, die aufgetretenen Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit der hiesigen Stadtgemeinde zu zerstreuen, sobald uns diese Bedenken nur bezeichnet würden. Wir gestatten uns ferner anzuführen, daß eine ganze Reihe anderer Städte der Provinz Brandenburg und anderer Provinzen staatlich genehmigte höhere Lehranstalten besitzt, und daß diese Städte sich anscheinend — nach der Höhe der Steuerzuschläge geschätzt — keineswegs einer besseren Finanzlage erfreuen, als die hiesige Stadt. Wir haben in dieser Richtung Erhebungen angestellt. Die Steuerkraft der hiesigen Einwohner, auf welcher die Leistungsfähigkeit der Stadt beruht, wurzelt hauptsächlich in einem durch Handel und Industrie gefestigten Erwerbsleben der Bürgerschaft. Die Steuerkraft ist, obwohl verschiedene kräftige Steuerzahler nur infolge des Fehlens einer höheren Lehranstalt der Stadt den Rücken gekehrt haben, im Laufe der Jahre keineswegs schlechter, sondern von Jahr zu Jahr besser geworden. Während der der Gemeindesteuer-Veranlagung zu Grunde zu legende Staatseinkommensteuersatz im Jahre 1900 24 792 M betragen hat und demnach als Gemeindesteuern 91 792 M erhoben worden sind, beziffert er sich im Jahre 1904 auf 26.328 M und der Gemeindesteuer soll auf 96 209 M. Durch die am 1. Oktober 1904 erfolgte Eingemeindung der 921 Seelen zählenden Dorigemeinde Salkau in die hiesige Stadtgemeinde hat die Steuerkraft von Schwiebus eine weitere, nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Der der

Gemeindesteuer-Veranlagung zu Grunde zu legende Staatseinkommensteuersatz für den eingemeindeten Salkauer Bezirk beziffert sich für das Jahr 1904 auf 2795 M., für Schwiebus nach erfolgter Eingemeindung Salkaus mithin auf 29 123 M. Ein weiteres ständiges Wachsen der Steuerkraft von Schwiebus steht demnach auch für die Folge umso mehr zu erhoffen, als die Stadt insbesondere in den letzten Jahren nicht unerhebliche Aufwendungen für kommunale Zwecke gemacht hat und dessenungeachtet die wirtschaftlichen Verhältnisse sich erfreulicherweise gebessert haben. Erwähnt sei hier: 1.) der im Jahre 1900 ausgeführte Erweiterungsbau der städtischen Gasanstalt; 2.) der Erwerb von Ländereien zur späteren Benutzung für Kirchhofszwecke; 3.) der Grundstückserwerb zur Vergrößerung des Stadtparkes aus Anlaß des Neubaus der evangelischen Friedrichskirche, welche 1901 eingeweiht worden ist; 4.) das errichtete neue städtische Krankenhaus, welches 1902 in Benutzung genommen worden ist; 5.) die ausgeführten größeren Wegebauten (Pflasterungen), wofür nach dem Etat 1900: 16712 M.; 1901: 17900 M.; 1902: 9600 M.; 1903: 10050 M verausgabt worden sind; 6.) die im Sommer 1901 neu eingerichtete Niederdruckdampfheizung im Mittelschulgebäude; 7.) der Ankauf eines Wiesengrundstückes zur Verwendung als öffentlicher Spielplatz; 8.) die erst kürzlich erfolgte Aufbesserung der Stelleneinkünfte der Volksschullehrer und schließlich 9.) der seiner Beendigung entgegengehende Neubau eines evangelischen Mädchen-Volks- und Mittelschulgebäudes, dessen Kosten sich nach dem Anschlage einschließlich des Grunderwerbes auf rund 226 000 M beziffern. Hieraus dürfte hervorgehen, daß die städtischen Behörden ohne Nachteil für sonstige sich als notwendig herausstellende wirtschaftliche Aufgaben, insbesondere auf Hebung des Schulwesens in jeder Hinsicht bedacht sind, was uns auch noch kürzlich durch eine Mitteilung der Kgl. Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, in Frankfurt a. O. vom 15. Oktober 1904 bestätigt worden ist. Der mehrerwähnte Bescheid des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums führt ferner aus, daß die für das geplante Realprogymnasium veranschlagte Frequenz von 150 Schülern zu hoch und demzufolge die Mehraufwendung gegenüber den Ausgaben für die jetzige höhere Knabenschule mit 14405 M zu niedrig bemessen sei. Nach den eingegangenen Erklärungen der Eltern sind uns bis jetzt 21 Kinder zur Aufnahme in das zu errichtende Realprogymnasium für Ostern 1905 angemeldet worden, eine Zahl, die sich zweifellos noch steigern wird, sobald die Errichtung einer höheren Lehranstalt zur Gewißheit geworden sein wird. Nimmt man aber die gegenwärtige, sich auf 122 Köpfe beziffernde Schülerzahl der höheren Knabenschule, welche in dem geplanten Realprogymnasium aufgehen soll, als Grundlage, berücksichtigt man ferner, daß 32 hiesige Bürgersöhne, welche auswärtige Schulen besuchen, gleichfalls in die Frequenz des Realprogymnasiums bei deren Berechnung einzubeziehen sind, und bringt man hierbei auch die Kinder der hiesigen Stadt und der Umgegend, welche in das Realprogymnasium neu eintreten werden, in Anschlag, so erweist sich die Schätzung der Frequenz auf 150 Schüler keineswegs als eine zu hohe. Übersteigt diese Frequenz gegenüber anderen Städten die gewöhnliche Durchschnittszahl, so kann hierin unseres Erachtens ein weiterer Beweis für das vorhandene Bedürfnis einer höheren Lehranstalt erblickt werden. Wenn seitens des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums die Ansicht vertreten wird, daß nach der Zusammensetzung der Bevölkerung eine Mittelschule am besten den Bedürfnissen entspreche, so wird hierzu an-

geführt, daß hiergegen schon die verhältnismäßig große Anzahl (32) der auswärtige Schulen besuchenden Söhne der hiesigen Stadt spricht. Schließlich gestatten wir uns auch noch, die hierher gelangten Zuschriften zweier hiesiger Bürger in Abschrift beizufügen. Diese Zuschriften sprechen für die Tatsache, daß die hiesige Bürgerschaft sehnlichst eine höhere Lehranstalt im Orte wünscht. Endlich gilt auch angesichts ihrer Lage an der äußersten Grenze der Ostmark für die hiesige Stadt in besonderem Maße die patriotische Aufgabe, beizutragen zur Stärkung des Deutschtums und zur Belebung des nationalen Geistes unter der Bevölkerung. Daß das geplante Realprogymnasium auch in dieser Richtung nicht ohne Einfluß sein würde, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Nach alledem möge uns die Bitte gestattet sein: 1.) die Frage der Leistungsfähigkeit der hiesigen Stadtgemeinde gegenüber dem hier in Rede stehenden Projekt erneut in Erwägung ziehen und nunmehr an zuständiger Stelle in bejahendem Sinne beantworten, 2.) die Genehmigung der Errichtung des geplanten Realprogymnasiums durch den Herrn Unterrichtsminister zu dem in Aussicht genommenen Termine — Ostern 1905 — erwirken zu wollen.

Eine der oben erwähnten Zuschriften an den Magistrat sei hier mitgeteilt: Für möglich hielt ich die im Publikum verbreitete Nachricht, daß der Errichtung eines Realprogymnasiums für hiesige Stadt Hindernisse entgegenstehen, nicht. Ihre werthe Annonce belehrt mich indessen eines andern. Bitte, tun Sie ihr Möglichstes, daß wir der Wohlthat einer höheren Lehranstalt für hiesigen Platz teilhaftig werden. Mir wäre es nicht möglich, meinen Sohn nach außerhalb in Pension zu geben; ich müßte, wie so viele ehrbare Familienväter, mir ein anderes Domizil gründen und die Scholle, auf der meine Vorfahren seit der Zeit des großen Kurfürsten rechtschaffen arbeiteten und anno 1814 die jetzt noch bestehende Firma begründeten, verlassen. Nach meiner Meinung, die ich nicht als maßgeblich hinstelle, gehen der Stadt jährlich 30 000 M. verloren für Gelder, die nach auswärts geschickt werden müssen, und, was noch schmerzlicher ist, die Kinder kommen aus der väterlichen Fürsorge heraus und verkommen sehr oft in Sittenlosigkeit und Hochmutsteufel.

Das oben im Auszuge wiedergegebene Schreiben des Magistrats an die Kgl. 1905
Regierung hatte einen positiven Erfolg. Das Kgl. Provinzial-Schulkollegium richtete an den hiesigen Magistrat am 25. Januar 1905 folgende Zuschrift: Der an den Herrn Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. gerichtete Antrag vom 3. November 1904 auf Errichtung eines Realprogymnasiums in Schwiebus ist an uns zur zuständigen Erledigung abgegeben worden. Bevor wir zu diesem Antrage endgültig Stellung nehmen, wird unser Dezerent Herr Prof. Dr. Borbein am Freitag, den 10. Februar cr., denjenigen Teil der dortigen Knabenmittelschule, welcher bereits Ostern 1905 für die gewünschte Umwandlung in Frage kommen könnte (Vorschule und Sexta) einer Revision unterziehen. Es wird ferner unser Justitiar und Verwaltungsrat Herr Gerichtsassessor Dr. v. Hülsen am selben Tage in Schwiebus eintreffen und sofort eine Besichtigung des Gebäudes der Knabenmittelschule vornehmen. Um 2 Uhr nachmittags soll alsdann eine Besprechung der Angelegenheit mit dem Magistrat stattfinden. Wir ersuchen den Magistrat, sich bei der Besichtigung des Anstaltsgebäudes vertreten zu lassen und zu der Besprechung um 2 Uhr auch einige Stadtverordnete, den Leiter desjenigen Teiles

der Knabenmittelschule, der von Ostern 1905 ab in ein Realprogymnasium mit Vorschule umgewandelt werden soll, und eventuell einen Schulmann, der über die Frequenzverhältnisse der Knabenmittelschule sicheren Aufschluß geben kann, hinzuzuziehen.

Die Schuldeputation nimmt in ihrer Sitzung vom 1. Februar Kenntnis von dieser Zuschrift des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums und ist der Ansicht, daß die Herren Kgl. Kreisschulinspektor Oberpfarrer Kopp und wissenschaftlicher Lehrer Meier, sowie die Herren Stadtverordnetenvorsteher Rothe, Stadtverordneter Böttcher, Stadtverordneter Nandico und Stadtverordneter Kolhörster sich an der mit dem Magistrat stattfindenden Besprechung beteiligen möchten. Herr wissenschaftlicher Lehrer Meier übernimmt es, sich zuvor genau über die Frequenzverhältnisse der Schule zu informieren.

Das Kgl. Provinzial-Schulkollegium übersandte dem Magistrat am 3. Februar einen der Besprechung am 10. Februar zu Grunde zu legenden Etatsentwurf für das eventuell zu errichtende Realprogymnasium nebst zwei Übersichten über die zu erteilenden Unterrichtsstunden zur Kenntnisnahme. Bemerkte wird noch, daß die Errichtung eines neuen Anstaltsgebäudes in dem Etat einstweilen keine Berücksichtigung gefunden hat. Sollte sich dies als notwendig erweisen, so würden für Verzinsung und Amortisation des Baukapitals weitere zirka 8000 M jährlich aufzuwenden sein.

Der vom Kgl. Provinzial-Schulkollegium aufgestellte Etat balanziert in Ausgabe und Einnahme mit 52020 M. Er sieht vor 1 Leiter des Realprogymnasiums, 6 Oberlehrer, 1 geprüften Zeichenlehrer (zugleich Turnlehrer), 2 Vorschullehrer, 1 Schuldiener.

Herr Professor Dr. Borbein, der am Nachmittage des 9. Februar eingetroffen war, inspizierte in Gegenwart des Herrn Schulrats Dr. Schneider aus Frankfurt a. O. am folgenden Vormittage sämtliche Klassen der höheren Knabenschule und wohnte dem Unterrichte aller Lehrer bei. Mittags trafen die Herren Vicepräsident des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums Dr. Mager und Assessor Dr. v. Hülsen ein. Sie unterzogen das Mittelschulgebäude, die neuerbaute Turnhalle, den Schulplatz einer Besichtigung und erklärten sich durchaus befriedigt mit der Einschränkung, daß im Falle der Begründung der höheren Schule a) für jede neu zu errichtende Klasse neue 2sitzige Bänke zu beschaffen seien; b) für einen Zeichenraum(-saal) zu sorgen sei; c) in den einzelnen Klassenzimmern ordnungsmäßige Ventilationseinrichtungen anzubringen seien; d) für eine aus zirka 7 Zimmern bestehende Direktorwohnung im Schulgebäude oder in unmittelbarer Nähe desselben Sorge zu tragen sei. Nachmittags von 2—4 Uhr fand im Rathaussaale eine Konferenz unter Vorsitz des Herrn Vicepräsidenten Dr. Mager mit den Herren Prof. Dr. Borbein und Assessor Dr. v. Hülsen in Gegenwart der Herren Regierungs- und Schulrat Dr. Schneider, Kgl. Kreisschulinspektor Oberpfarrer Kopp, wissenschaftlicher Lehrer Meier, mit den Mitgliedern des Magistrats und des Bureaus der Stadtverordneten-Versammlung statt. Aus den stattgehabten Besprechungen ging hervor, daß begründete Aussicht vorhanden sei, daß das Kgl. Provinzial-Schulkollegium bei dem Herrn Minister die Erteilung der Genehmigung zur Errichtung eines Realprogymnasiums hier von Ostern 1905 ab, zunächst mit 2 Vorschulklassen, Sexta und Quinta, und sodann alljährlich um eine Klasse aufsteigend, befürworten werde. Die Herren Dr. Mager und Professor Dr. Borbein wiesen ausdrücklich auf die durch die Forderungen des Provinzial-Schulkollegiums,

wie diese aus den unter dem 31. Januar hierher übersandten Etatsentwürfe sich ergeben, entstehenden nicht unbeträchtlichen Kosten hin. Die Anwesenden, insbesondere auch die Herren Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung, erklärten, daß sie trotzdem die Begründung eines Realprogymnasiums hier für dringend wünschenswert hielten.

Der Magistrat (Sitzung vom 15. Februar 1905) und Stadtverordnete (21. 2. 1905) beschlossen, an dem Plane der Neubegründung eines Realprogymnasiums von Ostern 1905 festzuhalten.

Am 17. März endlich genehmigte der Herr Minister die neue Anstalt unter folgenden Bedingungen: 1.) die Stadt muß sich verpflichten, zur Unterhaltung der Anstalt jetzt und in Zukunft Staatsmittel nicht zu beanspruchen; 2.) hinsichtlich der Art und Anzahl der Lehrkräfte und der Beschaffung von Lehrmitteln sind lediglich die Anordnungen der Aufsichtsbehörde maßgebend; 3.) die Lehrkräfte sind nach den jeweiligen für Staatsanstalten geltenden Vorschriften zu besolden. In gleicher Weise erfolgt die Regelung der Pensionsansprüche und der Hinterbliebenen-Fürsorge; 4.) für das Realgymnasium stellt die Stadt das ganze Gebäude der jetzigen höheren Knabenschule nebst Schulhof und Turnplatz zur Verfügung und gewährt die Benutzung der für die Mädchenschule errichteten Turnhalle in dem von der Aufsichtsbehörde festzustellenden Umfange. Die erforderlichen baulichen Veränderungen und sonstigen Einrichtungen im Anstaltsgebäude erfolgen lediglich nach Anordnung der Aufsichtsbehörde; 5.) bis zum 1. April 1908 ist nach einem uns zur Genehmigung vorzulegenden Plane eine Direktorwohnung in dem Anstaltsgebäude herzurichten oder ein Direktorwohnhaus in dessen unmittelbarer Nähe zu erbauen; 6.) der zur Anstalt gehörige Grund und Boden ist nebst den darauf befindlichen, bzw. zu errichtenden Gebäuden auf den Namen des Realprogymnasiums als einer öffentlichen rechtlichen Korporation als Eigentum desselben in das Grundbuch einzutragen; 7.) für die Anstalt ist eine Schulordnung aufzustellen und ein Kuratorium, das die Anstalt nach außen zu vertreten und die Lehrer zu wählen hat, einzusetzen.

Der Magistrat nahm diese Bedingungen am 27. März an, ebenso die Stadtverordneten-Versammlung am 30. März. So war nun glücklich das Fundament für die Lehranstalt vollendet. Das ganze Gebäude, das bis dahin die höhere Knabenschule mit der Mädchenmittelschule und der Mädchenvolksschule geteilt hatte, wurde dem Realprogymnasium überwiesen. Dieses Gebäude wurde im Herbst des Jahres 1877 im Bau vollendet und am 11. Dezember desselben Jahres eingeweiht. Grund und Boden (Garten des Seifensiedereibesizers Krumteich) kostete der Stadt 24000 M.

Von der höheren Knabenschule existierten Ostern 1905 noch die Klassen IIIa, IIIb und IV. Während des Schuljahres 1906/7 hlieben noch die Klassen IIIa und IIIb, Ostern 1907 gingen auch diese ein. 3 Schüler, die noch nicht das konfirmationsfähige Alter erreicht hatten, wurden mit Genehmigung des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums in die U III des Realprogymnasiums auf ein Jahr aufgenommen; sie waren vom Lateinunterricht dispensiert.

Als Ergänzung der Frequenzverhältnisse in der höheren Knabenschule in den letzten Jahren ihres Bestehens möge noch folgende Tabelle dienen:

	1899 1900	1900 01	1901 02	1902 03	1903 04	1904 05	1905 06	1906 07
Klasse IIIa	8	10	11	8	9	6	4	3
„ IIIb	14	18	10	10	8	10	9	7
„ IV	17	13	21	14	13	17	12	—
„ V	18	23	20	25	22	17	—	—
„ VI	26	23	21	17	24	30	—	—
„ VII	22	19	13	25	14	14	—	—
„ VIII	20	10	28	13	14	17	—	—
„ IX	10	24	11	13	17	19	—	—
Summe	135	140	135	125	121	130	—	—

An der Mittelschule, bezw. höheren Knabenschule waren während ihres Bestehens tätig: A) als Direktoren: 1.) Ferdinand Burmeister, am 8. 2. 40 geboren, in Schwiebus bis 1. 6. 78, wurde dann Rektor zu Gelnhausen; 2.) Bruno Greulich, am 24. 1. 36 zu Görlitz geboren, starb hier am 15. 2. 90; 3.) Franz Timm, am 4. 4. 59 in Nossentiner-Hütte (Mecklenb.) geboren, starb hier am 24. 1. 05. B) als wissenschaftliche Lehrer: 1.) Dr. Buhle, geb. am 12. 7. 59 in Zellin, ging am 1. 11. 90 von hier nach Berlin; 2.) Dr. Paul Machule, geboren am 17. 12. 62 zu Crossen a. O., jetzt Realgymnasialdirektor in Forst; 3.) Dr. Walter Koch, geboren den 18. 8. 64 zu Lauenburg i. P., jetzt Professor in Dortmund; 4.) Dr. Hermann Sternbeck, geboren am 2. 12. 62 zu Straußberg, jetzt Realschuldirektor zu Pankow; 5.) Heinrich Horn, geboren den 18. 8. 61 zu Stralsund, jetzt Professor in Hameln; 6.) Dr. Heinrich Lüdke, geboren am 7. 12. 68 zu Naugard, jetzt Oberlehrer in Altona; 7.) Wilhelm Dresen, geboren am 30. 11. 64 zu Mühlheim (Ruhr), jetzt Professor in Nieder-Wildungen; 8.) Albert Wendt, geboren 11. 11. 61 in Eiersberg, jetzt Oberlehrer in Teterow; 9.) Hermann Meier, geboren am 7. 4. 55 zu Bergen a. R., jetzt Professor hier; 10.) Robert Müller, geboren am 8. 1. 54 zu Greifswald, jetzt wissenschaftlicher Lehrer in Muskau. C) als Mittelschullehrer: 1.) Emil Müller, geboren am 13. 9. 37 zu Kolberg, gestorben hier anfangs der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts; 2.) Paul Langheinrich, geboren am 17. 6. 58 zu Filehne, jetzt Rektor in Sternberg. D) als Vorschul- und Elementarlehrer: 1.) Ferdinand Bartsch, geb. 31. 1. 24 zu Samter, starb hier anfangs der 90er Jahre; 2.) Wilhelm Schmidt, geboren am 13. 8. 47 zu Lochwitz, starb hier am 22. 10. 1904. 3.) Ernst Tauchert, geboren 2. 10. 53, jetzt Lehrer an der Knabenvolksschule; 4.) Friedrich Baude, geboren am 3. 4. 64, bis 1887 in Schwiebus; 5.) Paul Schmidt, geboren 10. 5. 67 zu Gerlachthal; 6.) Johann Krüger, geboren am 10. 4. 41 zu Langheinersdorf, jetzt Hauptlehrer hier; 7.) Arnold Mahrenholz, geboren 18. 8. 45 hier, gestorben 1900; 8.) Ferdinand Schulz, geboren am 4. 1. 64 zu Schmarse, jetzt Vorschullehrer hier; 9.) Bruno Danimholz, geboren am 21. 7. 63 in Guben, jetzt Vorschullehrer hier; 10.) Otto Schulz, geboren den 12. 2. 75 zu Brätz, jetzt Vorschullehrer hier.

Den Gesangunterricht erteilten die jeweiligen an der Mädchenmittelschule angegestellten Kantoren, den Turnunterricht kommissarisch Hermann Brattke.

Schulnachrichten.

I. Lehrverfassung.

I. Übersicht über die einzelnen Lehrgegenstände und Angabe der Stundenzahl nach Ausbau der Anstalt.

Lehrgegenstände	Wöchentliche Unterrichtsstunden										
	A. Realprogymnasium							B. Vorschule			
	UII	OIII	UIII	IV	V	VI	Zusammen	1a	1b	2	Zusammen
Religion	2	2	2	2	2	3	13	3	3	3	6
Deutsch und	3	3	3	3	2 _{1,3}	3 _{1,4}	19	8	7	7	22
Geschichtserzählungen .	—	—	—	—	1 ₁	1 ₁	—	—	—	—	—
Lateinisch	4	5	5	7	8	8	37	—	—	—	—
Französisch	4	4	4	5	—	—	17	—	—	—	—
Englisch	3	3	3	—	—	—	9	—	—	—	—
Geschichte	2	2	2	2	—	—	8	—	—	—	—
Erdkunde	1	2	2	2	2	2	11	1	1	—	1
Rechnen	—	—	—	2	4	4	10	4	4	4	12
Mathematik	5	5	5	2	—	—	17	—	—	—	—
Naturwissenschaften .	4	2	2	2	2	2	14	—	—	—	—
Schreiben	—	—	(1)	(1)	2	2	5	4	4	4	12
Freihandzeichnen . .	2	2	2	2	2	—	10	—	—	—	—
Linearzeichnen . . .	(2)	(2)	—	—	—	—	4	—	—	—	—
Singen	2	2	2	2	2	2	6	1	1	1	2
Turnen	3	3	3	3	3	3	15	2	2	2	4
Zusammen	35	35	35	34	30	30	195	23	22	21	59
	(+ 2)	(+ 2)	(+ 1)	(+ 1)							

2. Unterrichtsverteilung für das Schuljahr 1907/8.

Name des Lehrers	Ordinariat	Realprogymnasium i. E.				Vorschule			Stunden- zahl
		U III	IV	V	VI	1 a	1 b	2	
1. Dr. Hübner, Direktor	IV	4 Franz. 3 Engl.	7 Latein 5 Franz.						19 + Biblioth.
2. Mcier, Professor	U III	5 Math. 2 Naturb.	4 Math. 2 Naturb.	4 Rechn. 2 Naturb.	4 Rechn.				23 + Sammlg.
3. Dr. Simon, Oberlehrer	V	2 Gesch. 2 Erdk.	2 Religion 2 Gesch. 2 Erdk.	2 Religion 3 Deutsch 8 Latein 2 Erdk.					25 + Sammlg.
4. Springer, Oberlehrer	VI	2 Religion 3 Deutsch 5 Latein	3 Deutsch		4 Deutsch 8 Latein				25 + Schüler- bibliothek
5. F. Schulz, Vorschullehrer	2	2 Zeichn.	2 Zeichn.	2 Zeichn.		1 Heimatkunde	3 Religion 7 Deutsch 4 Rechn. 4 Schreib. 2 Turnen 1 Singen		28 + Sammlg.
6. Dammholz, Vorschullehrer	1a				3 Religion 2 Naturb.	8 Deutsch 4 Rechn. 4 Schreib.	4 Schreib. <u>3 Religion</u>		28
7. O. Schulz, Vorschullehrer	1b				2 Erdk. 2 Schreib. 2 Singen		7 Deutsch 4 Rechn. <u>2 Turnen 1 Singen</u>		27 + Schüler- bibliothek
8. Bratke, Turnlehrer	—				3 Turnen	3 Turnen			9 + 2 Turnsp. i. Sommer
Wöchentliche Stundenanzahl		35 + 1 Schreib.	34 + 1 Schreib.	30	30	23	22	21	

3. Übersicht über die während des Schuljahres durchgenommenen Pensen.

Unter-Tertia.

Religion: 2 Stunden. Das Reich Gottes im Alten Testamente: Lesen und Erklären von Abschnitten des Alten Testaments, auch aus den Psalmen und den Propheten. Belehrungen über das Kirchenjahr und die Bedeutung der gottesdienstlichen Ordnungen. — Erklärung und Erlernung des 4. und 5. Hauptstückes sowie Wiederholung der anderen Hauptstücke. Wiederholung früher gelernter Sprüche und Kirchenlieder. Einprägung von einigen leichteren Psalmen (23., 90., 121., Teile von Ps. 51) und von 3 neuen Kirchenliedern: „Auf Christi Himmelfahrt . . .“, „O heil'ger Geist . . .“, „O Gott, du frommer Gott . . .“.

Deutsch: 3 Stunden. Zusammenfassende und vertiefende Wiederholung der Formen- und Satzlehre unter besonderer Berücksichtigung der Unregelmäßigkeiten und Schwankungen des Sprachgebrauchs. — Alle 4 Wochen ein Aufsatz in Form von Erzählungen, leichteren Beschreibungen und Schilderungen, gelegentlich auch in Briefform; jedes Vierteljahr ein Klassenaufsatz. — Lesen von Gedichten und Prosastücken aus dem Lesebuche. Belehrungen über die persönlichen Verhältnisse der Dichter sowie über die poetischen Formen und Gattungen, soweit sie zur Erläuterung des Gelesenen erforderlich sind. Gelernt wurden: „Der Überfall in Wildbad“, „Die Döffinger Schlacht“, „König Karls Meerfahrt“, „Der blinde König“, „Der Schenk von Limburg“, „Das Glück von Edenhall“, „Belsazar“, „Der Graf von Habsburg“, „Der Postillon“, „Die Kapelle“.

Latein: 5 Stunden. Lektüre von Caesars Bellum Gallicum, Buch 1. 2. mit Auswahl. Anleitung zur Vorbereitung, Nachübersetzen. Stete Übungen im Konstruieren. — Wiederholung der Formenlehre. Wiederholung und Ergänzung der Kasuslehre. Tempus- und Moduslehre, soweit sie für die Lektüre erforderlich ist. Übungen im mündlichen und schriftlichen Übersetzen nach Ostermann-Müller. Alle 14 Tage abwechselnd Klassen- und häusliche Arbeiten, darunter in jedem Vierteljahre eine Übersetzung in das Deutsche als Klassenarbeit.

Französisch: 4 Stunden. Wiederholung der Lehraufgabe der Quarta; fortgesetzte Einübung der regelmäßigen Konjugation in Verbindung mit Fürwörtern; Einprägung der Zahlwörter. Gebrauch von avoir und être zur Bildung der ungeschriebenen Zeiten und die wichtigsten unregelmäßigen Zeitwörter. Fortgesetzte Lese- und Sprechübungen. Erweiterung des Wortschatzes im Anschluß an Ploetz, Petit vocabulaire français. Übungen im Rechtschreiben sowie schriftliche Klassen- und Hausarbeiten, alle 3 Wochen 2 Arbeiten.

Englisch: 3 Stunden. Erwerbung einer richtigen Aussprache durch praktische Übungen. Leseübungen und Sprechübungen in jeder Stunde. Durchnahme der regelmäßigen und des Notwendigsten aus der unregelmäßigen Formenlehre unter Berücksichtigung der Syntax insoweit, als sie zur Erklärung der Formen, sowie zum Verständnis der Lektüre dient. Schriftliche und mündliche Übersetzungen. Übungen im Rechtschreiben. Alle 14 Tage eine schriftliche Arbeit.

Geschichte: 2 Stunden. Die Blütezeit des römischen Reiches unter den großen Kaisern. Deutsche Geschichte von dem ersten Zusammenstoße der Deutschen mit den Römern bis zum Ausgange des Mittelalters. Einprägung von Jahreszahlen wie in IV. Wiederholungen der alten Geschichte nach einem Kanon der einzuprägenden Jahreszahlen.

Erdkunde: 2 Stunden. Länderkunde der außereuropäischen Erdteile. Die deutschen Kolonien; Vergleichung mit den Kolonialgebieten anderer Staaten. Kartenskizzen wie in IV.

Mathematik: 5 Stunden. **Arithmetik:** Die Grundrechnungen mit absoluten Zahlen und Einführung der positiven und negativen Zahlgrößen. Lehre von den

Proportionen. Gleichungen ersten Grades mit einer Unbekannten. Aufgaben aus dem bürgerlichen Leben und dem sogenannten kaufmännischen Rechnen. — **Planimetrie:** Lehre von den Parallelogrammen. Kreislehre. Sätze über die Flächengleichheit der Figuren. Berechnung der Fläche geradliniger Figuren. Konstruktionsaufgaben.

Naturkunde: 2 Stunden. Im Sommer: **Botanik.** Beschreibung und Vergleichung von Pflanzen mit verwickelterem Blütenbau und von einigen Sporenpflanzen. Erweiterung und Vertiefung der morphologischen und biologischen Begriffe. Die wichtigsten Familien der Blütenpflanzen. Übersicht über das natürliche System. Übungen im Bestimmen. — Im Winter: **Zoologie.** Gliedertiere mit besonderer Berücksichtigung der Insekten und ihrer Ordnungen.

Freihandzeichnen: 2 Stunden. Zeichnen nach einfachen Gegenständen (Gebrauchsgegenständen, Natur- und Kunstformen) mit Wiedergabe von Licht und Schatten. Übungen im Skizzieren, Pinselzeichnen und im Zeichnen aus dem Gedächtnis.

In der Verteilung des Lehrstoffes der **übrigen Klassen** ist nichts geändert. In **Quarta** wurden im Lateinischen folgende Abschnitte aus Ostermann-Müller gelesen: Der ältere Miltiades, der jüngere Miltiades, Themistokles, Aristides, der 1. punische Krieg, Halmikar, Hannibal, der 3. punische Krieg.

Sämtliche evangelische Schüler haben am Religionsunterrichte teilgenommen.

4. Technischer Unterricht.

a. Turnen.

Die Anstalt, mit Ausschluß der Vorschule, besuchten im Sommer 104, im Winter 100 Schüler.

Von diesen waren befreit	vom Turnunterricht überhaupt		von einzelnen Übungsarten	
auf Grund ärztlich. Zeugnisses	im Sommer 2,	im Winter 1	im Sommer —,	im Winter —
aus anderen Gründen	im Sommer —	im Winter —	im Sommer —,	im Winter —
zusammen	im Sommer 2,	im Winter 1	im Sommer —,	im Winter —
also von der Gesamtzahl der Schüler	im Sommer 1,9%, im Winter 1%		im Sommer 0%, im Winter 0%	

Das Realprogymnasium i. E. besitzt keine eigene Turnhalle: es benutzt die für alle Schulen gemeinsame städtische Turnhalle. — Jede Klasse wurde in 3 Stunden unterrichtet; die Quarta turnte zusammen mit Unter-Tertia. Den Unterricht erteilte Herr Turnlehrer Bratke, der auch die im Sommer stattfindenden 2 wöchentlichen Turnspielstunden leitete. Die Beteiligung an diesen betrug für III: 82,3%, für IV 90%, für V 85,7% und für VI 84%. Ausserdem wurde mit III Tamburinball geübt; die Beteiligung daran betrug 76%. In dankenswerter Weise unternahmen Herr Bratke mit den verschiedenen Klassen sowie Herr O. Schulz und Herr F. Schulz mit ihren Klassen allein oder in Begleitung einzelner Herren des Kollegiums Turnmärsche oder Spaziergänge zu wiederholten Malen im Laufe des Schuljahres.

Im Sommer wurden einige Turnstunden zum Baden freigegeben. Für das Schlittschuhlaufen waren in diesem Winter die Eisverhältnisse ungünstig.

b. Singen.

Unter-Tertia und Quarta: 2 Stunden. (Chorgesang). Es wurden nach Sering ein- und mehrstimmige Choräle und Lieder eingeübt. Fortgesetzte Stimmbildungs- und Treffübungen. Wiederholung gelernter Melodien.

Quinta: 2 Stunden. 14 zweistimmige Volkslieder und 12 Choräle wurden eingeübt. Erweiterung der Kenntnis der Notenschrift. Einführung in die Lehre von den Intervallen. Die gebräuchlichsten Dur-Tonarten.

Sexta: 2 Stunden. 10 leichtere Chormelodien und 13 einstimmige Volkslieder wurden eingeübt. Einführung in die Kenntnis der Notenschrift, des Notenwertes und der Pausen. Treffübungen in der C-dur Tonleiter und leichtere rhythmische Übungen.

Vorschulklasse 1a und 1b in 1 Stunde vereinigt. Stimm- und Gehörbildung. Befähigung zur möglichst sicheren Wiedergabe der Tonübungen und der Tonweisen. 7 leichtere Choräle und 15 leichte Volkslieder.

Vorschulklasse 2: 1 Stunde. Stimm- und Treffübungen an der Tonleiter. 5 Chormelodien und 10 Volkslieder.

c. Schreiben.

Unter-Tertia und Quarta: 1 Stunde für Schüler mit nicht befriedigender Handschrift. Übung der deutschen und lateinischen Schrift in genetischer Folge. Abschreibebüchlein und Diktate. Die Zahl der Teilnehmer betrug im Sommer 1907 in IV: 12, in III: 6, im Winter 1907/8 in IV: 14, in III: 7.

5. Verzeichnis der im nächsten Schuljahre erforderlichen Bücher.

a. Vorschule.

Klasse 2.

1. *H. Fechner*, Deutsche Schreib-Lese-Fibel, Ausgabe B.
2. *Chr. Harms*, Rechenbuch für die Vorschule. 1. Heft.

Klasse 1 b.

3. *K. Voelker* und *H. L. Strack*, Biblische Geschichten für die ersten 5 Schuljahre. Ausgabe B für höhere Schulen.
4. *K. Paulsiek*, Deutsches Lesebuch für Vorschulen höherer Lehranstalten. Neu bearbeitet von Chr. Müff. 1. Abteilung.
5. *F. W. Sering*, Gesänge für Progymnasien, Prorealgymnasien, Realschulen u.s.w. Heft 1.

Außerdem: Nr. 2.

Klasse 1 a.

6. *K. Paulsiek*, Deutsches Lesebuch für Vorschulen höherer Lehranstalten. Neu bearbeitet von Chr. Müff. 2. Abteilung.
7. *Chr. Harms*, Rechenbuch für die Vorschule. 2. Heft.

Außerdem: Nr. 3 und 5.

b. Realprogymnasium.

Sexta.

8. *H. Halfmann* und *J. Köster*, Hilfsbuch für den evangelischen Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten. 1. Teil. Für Sexta bis Quarta aller Anstalten.
9. *Hopf* und *Paulsiek*, Deutsches Lesebuch für höhere Lehranstalten. 1. Abteilung für Sexta. Neu bearbeitet von Chr. Müff.
10. *Chr. Ostermanns* Lateinisches Übungsbuch. Neue Ausgabe, besorgt von H. J. Müller. 1. Teil: Sexta. Ausgabe A.

11. *Harms* und *Kallius*, Rechenbuch für Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen u. s. w.
12. *Andrees* Schulatlas, in erweiterter Neubearbeitung herausgegeben v. A. Scobel.
13. *Th. Bail*, Neuer methodischer Leitfad en für den Unterricht in der Botanik.
14. *Th. Bail*, Neuer methodischer Leitfad en für den Unterricht in der Zoologie.
15. *F. W. Sering*, Gesänge für Progymnasien, Prorealgymnasien, Realschulen u. s. w. Heft 2.

Quinta.

16. *Hopf* und *Paulsiek*, Deutsches Lesebuch für höhere Lehranstalten, 2. Abteilung für Quinta. Neu bearbeitet von Chr. Muff.
17. *Chr. Ostermanns* Lateinisches Übungsbuch. Neue Ausgabe, besorgt von H. J. Müller. 2. Teil: Quinta. Ausgabe A.
18. *E. von Seydlitzsche* Geographie. Ausgabe D. Heft 1.

Außerdem: Nr. 8, 11, 12, 13, 14, 15.

Quarta.

19. *K. Voelker* und *Herm. L. Strack*, Biblisches Lesebuch für evangel. Schulen.
20. *Hopf* und *Paulsiek*, Deutsches Lesebuch für höhere Lehranstalten. 3. Abteilung. Neu bearbeitet von Chr. Muff.
21. Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis.
22. *Chr. Ostermanns* Lateinisches Übungsbuch. Neue Ausgabe, besorgt von H. J. Müller. 3. Teil: Quarta. Ausgabe A.
23. *Chr. Ostermanns* Lateinische Übungsbücher. Neue Ausgabe von H. J. Müller. Grammatische Anhänge zu Teil I–III. Auszug aus der Tempus- und Moduslehre.
24. *Ploetz-Kares*, Kurzer Lehrgang der französischen Sprache. Elementarbuch. Ausgabe F.
25. *F. Neubauer*, Lehrbuch der Geschichte für höhere Lehranstalten. 1. Teil.
26. *F. W. Pützgers* historischer Schulatlas, bearbeitet und herausgegeben v. A. Baldamus und E. Schwabe.
27. *Th. Spieker*, Lehrbuch der ebenen Geometrie. Ausgabe A.
28. *F. W. Sering*, Gesänge für Progymnasien u. s. w. Heft IIIa.
29. *E. von Seydlitzsche* Geographie. Ausgabe D. Heft 2.
30. *Sydow-Wagners* methodischer Schulatlas. Herausgegeben von Herm. Wagner, Gotha, Perthes.

Außerdem: Nr. 8, 11, 13, 14.

Unter-Tertia.

31. *H. Halfmann* und *J. Köster*, Hilfsbuch für den evang. Religionsunterricht. Ausgabe A. II. Teil.
32. *Hopf* und *Paulsiek*, Deutsches Lesebuch für höhere Lehranstalten. Abtl. für Tertia und Untersekunda. Neu bearbeitet von Karl Kinzel.
33. *Chr. Ostermanns* Lateinisches Übungsbuch. Neue Ausgabe, besorgt von H. J. Müller. IV. Teil. 1. Abteilung.
34. *Caesar*, De bello Gallico. Herausgegeben von Fügner. Nebst Hilfsheft und Kommentar.
35. *Ploetz*, Petit vocabulaire français.

36. *Dubislav u. Boek*, Elementarbuch der englischen Sprache. Ausg. B.
37. *F. Neubauer*, Lehrbuch der Geschichte für höhere Lehranstalten. II. Teil.
38. *E. von Seydlitzsche* Geographie. Ausg. B. Kleine Schulgeographie.
39. *Th. Spieker*, Lehrbuch der Arithmetik und Algebra mit Übungsaufgaben für höhere Lehranstalten. 1. Teil.

Außerdem: Nr. 11, 13, 14, 19, 21, 23, 24, 26, 27, 28, 30.

Ober-Tertia.

40. *Ploetz-Kares*, Kurzer Lehrgang der französischen Sprache. Übungsbuch. Ausgabe F.
41. *Ploetz-Kares*, Kurzer Lehrgang der französischen Sprache. Sprachlehre. Bearbeitet von Dr. Gustav Ploetz und Dr. Otto Kares.
42. *R. Kron*, Stoffe zu französischen Sprechübungen über die Vorgänge und Verhältnisse des wirklichen Lebens. Nebst einem Wörterverzeichnis.
43. *Georg Dubislav* und *Paul Boek*, Lese- und Übungsbuch der englischen Sprache für die mittleren und oberen Klassen höherer Lehranstalten.
44. *Georg Dubislav* und *Paul Boek*, Schulgrammatik der englischen Sprache für höhere Lehranstalten.
45. *A. Harnisch* und *John G. Robertson*, Methodische englische Sprechschule. 1. Teil. Mit einem Plan von London.
46. *Kleiber-Scheffler*, Elementar-Physik mit Chemie für die Unterstufe wissenschaftlicher Anstalten.

Außerdem: Nr. 13, 14, 19, 21, 23, 26, 27, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 37, 38, 39.

II. Mitteilungen aus den Verfügungen der Behörden.

27. 2. 07. In der Religionsstunde ist am 12. März des 300jährigen Geburtstages Paul Gerhards zu gedenken.
2. 5. 07. Das Königliche Provinzial-Schulkollegium fordert eine jedesmalige genaue Prüfung der Neuauflagen der eingeführten Lehrbücher.
16. 5. 07. Mit Rücksicht auf die am 12. Juni stattfindende Berufs- und Betriebszählung soll der Unterricht an diesem Tage ausfallen.
29. 5. 07. Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 4. Mai 1907 den unterzeichneten Anstaltsleiter zum Direktor zu ernennen geruht.
31. 5. 07. Er wird Bericht über die Frage der Errichtung von Familien-Alumnaten gefördert.
10. 6. 07. Im Auftrage des Herrn Ministers übersendet das Kgl. Provinzial-Schulkollegium die beiden ersten Nummern der „Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik.“
26. 7. 07. Der Magistrat teilt mit, daß an Stelle des zum 1. 8. 07 ausscheidenden Schuldieners Wagenknecht der Militäránwärter Albert Pirr aus Giesebitz, Kreis Stolp, gewählt ist.
3. 8. 07. Das Königliche Provinzial-Schulkollegium wünscht einige Änderungen an bzw. in dem Gebäude der Anstalt.
3. 8. 07. Anweisung zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten.
10. 8. 07. Bestimmungen über die Versendung von Druckschriften an Bibliotheken.
12. 9. 07. Ausfall des Unterrichts am 16. September des Manövers wegen wird genehmigt.

23. 9. 07. Der Magistrat teilt mit, daß die mit Spiel- bzw. Turnunterricht betrauten Lehrer bei der Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherung gegen Haftpflicht versichert sind.
30. 9. 07. Empfehlung von „Conwentz, Beiträge zur Naturdenkmalspflege“ zur Anschaffung.

2. 10. 07. **Ferienordnung für das Schuljahr 1908 9.**

1908:	Schluß des Unterrichts:	Beginn des Unterrichts:
Osterferien:	Mittwoch, den 8. April	Donnerstag, den 23. April
Pfingstferien:	Freitag, den 5. Juni	Donnerstag, den 11. Juni
Sommerferien:	Freitag, den 3. Juli	Dienstag, den 4. August
Herbstferien:	Mittwoch, den 30. September	Donnerstag, den 15. Oktober
Weihnachtsferien:	Dienstag, den 22. Dezember	Mittwoch, den 6. Januar
1909:		
Osterferien:	Freitag, den 2. April	Dienstag, den 20. April

16. 10. 07. Hinweis auf die Pflege einer guten und leserlichen Handschrift.
8. 11. 07. Bestimmungen über die seit 1. April 1907 in Kraft getretenen Gesetze betr. Pension und Hinterbliebenen-Versorgung.
23. 11. 07. Bestimmungen über die Abgabe von Karten der Landesaufnahme für Lehrzwecke.
3. 12. 07. Empfehlung des Werkes von „Fischer, Die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands und seiner Kolonien“ zur Anschaffung.
11. 12. 07. Genehmigung der für Ostern 1908 zur Einführung beantragten Lehrbücher.
18. 12. 07. Empfehlung der Halbmonatsschrift „Kolonie und Heimat in Wort und Bild.“
30. 12. 07. Genehmigung zur Errichtung der Ober-Tertia für Ostern 1908.
20. 1. 08. Änderung der Bestimmungen über die Ordnung der Schlußprüfung.
28. 1. 08. Allgemeine Schulordnung für die höheren Lehranstalten der Provinz.
11. 2. 08. Das Königliche Provinzial-Schulkollegium fordert Bericht über die Verwendung von Skioptikonbildern.
13. 2. 08. Genehmigung des Bauplatzes für das zu erbauende Direktorwohnhaus.
19. 2. 08. Bestimmungen über die Reinigung der Klassenräume.
21. 2. 08. Als amtliche abgekürzte Schreibweise von „Mark“ gilt „M“ ohne Punkt.
26. 2. 08. Bestimmungen über die Anrechnung von Hilfslehrerdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter.
2. 3. 08. Das Königliche Provinzial-Schulkollegium verlangt Einreichung einer Übersicht über die Schülerzahl nach dem Stande vom 1. Februar.

III. Aus dem Jahrbuche der Schule.

Das Schuljahr 1907 8 begann am 9. April 1907 mit einer gemeinsamen Andacht, worauf der Direktor den an die Anstalt neu berufenen Herrn Oberlehrer Springer, der bisher an dem Königlichen Realgymnasium zu Reichenbach in Schlesien als wissenschaftlicher Hilfslehrer tätig gewesen war, in sein hiesiges Amt einführte. Die Pfingstferien dauerten vom 18.—22. Mai. Am 31. Mai unternahm die Vorschule mit ihren Lehrern in Begleitung des Direktors und vieler Eltern nachmittags ihren Sommerausflug nach dem 1. Weinberge, wo tüchtig gespielt wurde. — Die Klassen des Realprogymnasiums i. E. hatten am 11. Juni den Sternberger Forst als Ausflugsziel gewählt. Unter Führung ihrer Klassenlehrer führen die Schüler mit dem fahrplanmäßigen 7 Uhr-Zuge nach Leichholz und wanderten von hier in Begleitung zahlreicher Angehöriger durch den prächtigen Wald bis Sternberg. Nach etwa zweistündigem Marsche war das Ziel erreicht. Herr Rektor Langheinrich empfing dort mit der Schülerkapelle seine ehemaligen Schüler und Kollegen. Noch am Vormittage wurde unter seiner Führung ein Spaziergang um den Eilangsee unternommen. Nach dem Mittagessen wurde gegen 3 Uhr nach der etwa 5 km von Sternberg im Eilangtale an einem

kleinen See malerisch gelegenen Pinnower Mühle marschiert, wo etwa 2 Stunden lang gerastet wurde. Auf einem kürzeren Wege kehrten alsdann die jetzt recht müden Wanderer nach dem Bahnhofe Sternberg zurück, von wo aus die Rückfahrt nach Schwiebus mit dem Zuge 8²⁷ angetreten wurde. Dem Herrn Rektor Langheinrich sei auch an dieser Stelle für seine treffliche Führung herzlich gedankt! — An demselben Tage unternahmen 24 Schüler der Quarta und Unter-Tertia unter Führung des Direktors und des Herrn Prof. Meier eine Fahrt nach dem zoologischen Garten nach Berlin. Mit Erlaubnis der Kgl. Eisenbahndirektion zu Posen wurde der um 3³⁸ früh von hier abgehende D-Zug benutzt, der uns um 6 Uhr nach der Reichshauptstadt brachte. Unterwegs hatten Lehrer und Schüler den herrlichen Genuß, einen wunder-vollen Sonnenaufgang zu beobachten. Nach Ankunft auf dem Bahnhof Friedrichstraße ging der Weg nach den Linden, wo den Schülern die historischen Gebäude, Denkmäler, das Kgl. Schloß, der Dom, die Universität u. a. gezeigt wurden. Darauf wurde die Wanderung durch das Brandenburger Tor, den herrlichen Tiergarten nach dem Zoologischen Garten angetreten, dessen Besichtigung mit Einschluß einer einstündigen Mittagspause mehr als 5 Stunden in Anspruch nahm. Gegen 3 Uhr wurde durch den Tiergarten nach dem Potsdamer Platz marschiert. Um den Schülern einmal eine Vorstellung von dem Verkehr in einer Großstadt zu geben, gingen wir die Leipziger- und Friedrichstraße zurück nach dem Bahnhofe. Um 5⁴² Nachmittags fand die Rückfahrt nach Schwiebus statt, wo die Ankunft um 9¹⁴ Uhr bei strömendem Regen erfolgte, während den ganzen Tag über, von wenigen Regentropfen abgesehen, zur größten Freude aller herrliches Wetter geherrscht hatte.

Am 12. Juli 1907 traf Herr Vizepräsident Dr. Mager vom Kgl. Provinzial-Schulkollegium hier ein, um die beiden für das zu erbauende Direktorwohnhaus in Aussicht genommenen Bauplätze zu besichtigen. Gleichzeitig nahm er das Schulgebäude selbst in Augenschein; er sprach sich über die innere Einrichtung, insbesondere über den neu angelegten Zeichensaal anerkennend aus und riet, der in einigen Klassen zeitweise herrschenden Dunkelheit, die durch mehrere auf dem Schulplatze stehende Kastanien hervorgerufen ist, abzuhelfen und in den Klassenzimmern Luftklappen anzubringen. In den Herbstferien wurde dieser Anregung Folge gegeben.

In den Sommerferien 1907 erfolgte in dankenswerter Weise die Erneuerung des Fußbodens im Flur des unteren Stockwerkes. Es wurde ein Terrazzo-Fußboden für ca. 860 M gelegt.

Die Feier des Sedantages fand am 2. September um 9 Uhr in der Aula in gewohnter Weise statt. Herr Oberlehrer Springer hielt die Festrede über das Thema: „Wie kam Deutschland zu seinen Kolonien?“ Nachmittags wurde unter Musikbegleitung nach dem 2. Weinberge marschiert. Dort fanden unter Leitung des Turnlehrers Herrn Bratke Stabübungen statt, die von den Schülern der IV und VIII ausgeführt wurden; hieran schlossen sich Turnspiele der einzelnen Klassen an. Vor Antritt des Rückmarsches, der um 7 Uhr erfolgte, erinnerte der Direktor in einer Ansprache an die Bedeutung des Sedantages und schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

Am 16. September 1907 unternahmen mit Genehmigung des Kgl. Provinzial-Schulkollegiums die Schüler der Klassen VI—VIII unter Führung des Turnlehrers Herrn Bratke in Begleitung des Direktors und des Herrn Oberlehrer Springer einen Marsch in das in der Umgegend von Schwiebus stattfindende Manöver der 2. Garde-Division. Der Kommandeur, Herr Generalleutnant von Scheffer, hatte die Erlaubnis zum Betreten des Manövergeländes bereitwilligst für Lehrer und Schüler erteilt. Um 7 Uhr Morgens wurde vom Schulhause abmarschiert; schon nach kaum dreiviertelstündigem Marsche wurde ein für die Beobachtung des Manövers sehr günstig belegener Platz an der Westseite der Rinersdorfer Chaussee eingenommen. Infanterie und Artillerie zogen heran; nach einiger Zeit ging es im Laufschrift nach dem Dorfe Lugau und durch dieses hindurch dahin, wo sich ein starkes Gewehr- und Artillerief Feuer ent-

wickelte. Um 12 Uhr war die Gefechtsübung vorbei; nach kurzer Ruhepause wurde gemeinsam mit dem Militär der Heimweg angetreten.

Ein Schritt vorwärts zum Bau des Wohnhauses für den Direktor geschah am 24. September 1907, als die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, das Pade'sche Grundstück (die Wiese östlich vom Schulgebäude) anzukaufen und unter Benutzung dieses Platzes in unmittelbarer Nähe des Realgymnasiums das Direktorwohnhaus zu erbauen.

Das Sommerhalbjahr 1907 wurde mit einer Andacht und der Verteilung der Zeugnisse am 28. September geschlossen.

Während der Herbstferien, die vom 29. September bis 14. Oktober dauerten, erfolgte ein Neuanstrich der beiden Flure sowie der Eingangstüren. Durch Anbringung eines Lichtschachtes in der Tür der Lehrerbibliothek und der des Kartenzimmers wurde der untere Flur wesentlich erhellt.

Das Winterhalbjahr begann am 15. Oktober 1907 mit einer Andacht, bei der der Direktor auf den am letzten Schultage vor den Ferien erfolgten Heimgang eines der letzten Helden aus Deutschlands großer Zeit, des Großherzogs Friedrichs I. von Baden, hinwies. Gleichzeitig mußte er zu seinem großen Schmerze den in der Frühe des ersten Schultages erfolgten Tod eines lieben, hoffnungsvollen Vorschülers, eines Sohnes des an der Anstalt wirkenden Vorschullehrers Herrn F. Schulz, bekanntgeben, der nach kurzem, aber schwerem Krankenlager infolge einer Blinddarmentzündung seinen Geist aufgab. Lehrer und Schüler begleiteten ihn zur letzten Ruhestätte. Es war der erste Verlust, den die junge Anstalt erlitt. —

Am 27. Januar 1908 beging die Schule um 11 Uhr in Anwesenheit zahlreicher Gäste die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers durch Gesang, Deklamation und Festrede des Vorschullehrers Herrn F. Schulz über: „Deutschland und Preußen vor 100 Jahren.“ Unter Hinweis auf das große Interesse, das Seine Majestät den Schulen bisher stets entgegengebracht hat, und insbesondere auf die Ehrung seines verstorbenen Erziehers und Lehrers Exzellenz Hinzpeter brachte der Direktor zum Schlusse das Kaiserhoch aus.

Ihren gewohnten Wintermarsch unternahm die Anstalt am 11. Februar 1908 Nachmittags nach Johannesthal. Leider wurde das Wetter, das am Morgen so schön gewesen war, gegen 1/2 5 Uhr Nachmittags recht ungünstig, sodaß wir beim Rückmarsch etwas Regen in Kauf nehmen mußten.

Auch in dem laufenden Berichtsjahre haben die städtischen Behörden der jungen Anstalt erneut ihr Wohlwollen bewiesen, wofür ihnen an dieser Stelle aufrichtig gedankt sei.

Der Gesundheitszustand des Lehrerkollegiums und der Schüler war in diesem Schuljahre zufriedenstellend; nur im Januar brachte die Influenza Störungen im Schulbetriebe hervor.



IV. Zahlenmäßige Mitteilungen.

A. Übersicht über die Schülerzahl im Schuljahre 1907/08.

	a. Realprogymnasium					b. Vorschule				Se. a+b
	UIII	IV	V	VI	Se.	1a	1b	2	Se.	
1. Bestand am 1. Februar 1907	—	18	26	25	69	27	19	19	65	134
2. Abgang bis zum Schlusse des Schuljahres 1906/7	—	1	2	1	4	—	—	—	—	4
3. a) Zugang durch Versetzung zu Ostern	15	20	19	27	81	19	18	—	37	118
3. b) Zugang durch Aufnahme zu Ostern	3	2	—	7	12	10	3	19	32	44
4. Schülerzahl am Anfang des Schuljahres 1907/8	18	24	23	39	104	29	21	20	70	174
5. Zugang im Sommerhalbjahre	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1
6. Abgang im Sommerhalbjahre	—	1	1	2	4	4	1	1	6	10
7. Zugang durch Aufnahme zu Michaelis	—	1	—	—	1	—	1	1	2	3
8. Schülerzahl am Anfange des Winterhalbjahres	18	24	22	37	101	26	21	20	67	168
9. Zugang im Winterhalbjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Abgang im Winterhalbjahre	—	—	—	1	1	—	—	—	—	1
11. Schülerzahl am 1. Febr. 1908	18	24	22	36	100	26	21	20	67	167
12. Durchschnittsalter am 1. Febr. 1908 (in Jahren und Monaten)	14,1	13,3	11,10	10,11	—	9,8	8,3	7,1	—	—

B. Religion und Heimatverhältnisse der Schüler.

	a. Realprogymnasium							b. Vorschule						
	Evgl.	Kath.	Diss.	Juden	Einb.	Ausw.	Ausl.	Evgl.	Kath.	Diss.	Juden	Einb.	Ausw.	Ausl.
1. Am Anfang des Sommerhalbjahres 1907	90	11	—	3	77	27	—	60	8	—	2	63	7	—
2. Am Anfang des Winterhalbjahres	89	10	—	2	75	26	—	59	7	—	1	61	6	—
3. Am 1. Februar 1908	88	10	—	2	74	26	—	59	7	—	1	61	6	—

E. Schülerverzeichnis im Schuljahre 1907/8.

(Die mit * bezeichneten Schüler sind auswärtige.)

Unter-Tertia.

- * 1. Gerhard Albrecht.
2. Ernst Böttcher.
3. Karl Dreikant.
- * 4. Heinrich Hartmann.
5. Gustav Hecht.
6. Robert Hecht.
7. Arthur Kiepert.
- * 8. Wilhelm Krahn.
9. Richard Leuschner.
10. Hans-Paul Neumann.
- * 11. Erich Noske.
- * 12. Felix Paech.
13. Willy Petereit.
14. Fritz Resch.
15. Ernst Schön.
16. Hans Vierling.
17. Kuno Voß.
18. Günther Wagner.

Quarta.

- * 1. Erich Foerster.
- * 2. Thaddäus Foerster.
3. Fritz Haase.
4. Erich Jänichen.
- * 5. Gustav Jokisch.
6. Hans Käding.
7. Willy Kirschbaum.
8. Werner Kleiber.
9. Kurt Knispel.
- * 10. Willibald Knispel.
11. Alfred König.
12. Georg Krause.
- * 13. Paul Leibner.
14. Robert Masekowsky.
15. Bernhard Nandico.
16. Karl Redlich.
- * 17. Alfred Riemer.
18. Richard Schettler.
19. Werner Schultz.
20. Kurt Sekerl.
21. Karl Senft.
22. Arthur Zerndt.
23. Wilhelm Zerndt.
- * 24. Erich Ziewitz.
- * 25. Kurt Voigt.

Quinta.

1. Kurt Balcke.
2. Hans Böhme.
- * 3. Otto Eisemann.
- * 4. Hans Gutsche.
- * 5. Kurt Hoffmann.
6. Bruno Hubrich.
7. Hans Jahn.
8. Willy Jahn.
9. Willy Klemke.
10. Kurt Klaemdt.
11. Hans Kolshorn.
12. Kurt Lehniger.
13. Georg Loll.
14. Erhard Peltz.
15. Hans Rimpler.
16. Otto Schettler.

17. Max Schmidt.
- * 18. Kurt Schmolke.
19. Willy Tesch.
20. Hans Tietz.
21. Hans Wilke.
22. Konrad Wotschak.
23. Georg Zangerl.

Sexta.

1. Georg Appelt.
2. Fritz Balcke.
3. Gerhard Balcke.
- * 4. Artur Ebert.
5. Bruno Form.
6. Max Grimm.
7. Kurt Haase.
8. Erich Halpert.
9. Kurt Halpert.
- * 10. Alfred Hartmann.
- * 11. Artur Heimann.
12. Walter Hellwig.
13. Ernst Jander.
14. Alfred Knispel.
15. Georg König.
16. Eduard Krause.
17. Martin Krause.
18. Alfred Lehmann.
19. Erich Loll.
- * 20. Ernst Mann.
- * 21. Hugo Paesler.
22. Alfred Pusch.
- * 23. Richard Rasch.
- * 24. Linus Redlich.
25. Friedrich Rimpler.
26. Fritz Schellhorn.
- * 27. Albert Schmidt.
28. Erich Scholz.
- * 29. Hermann Schönborn.
- * 30. Wilhelm Schonert.
- * 31. Paul Schulz.
32. Erich Seiffert.
33. Walter Seifert.
34. Richard Stein.
- * 35. Helmuth Student.
36. Hans Teller.
37. Willy Thiele.
38. Kurt Vieweg.
39. Willy Vogelsang.

Vorschule.

Klasse 1a.

- * 1. Ernst Albrecht.
2. Georg Altmann.
3. Friedrich Aug. Balcke.
4. Gerhard Böhme.
- * 5. Borromäus Foerster.
6. Paul Grätz.
7. Heinrich Greulich.
8. Ernst Grimm.
9. Alfred Janthur.
- * 10. Kurt Kanieth.
11. Kurt Kärgel.
12. Reinhard Lankisch.
- * 13. Robert Leske.

14. Georg Lüders.
15. Willy Noack.
16. Max Raschke.
- * 17. Alfred Redlich.
18. Joachim Reitmann.
19. Hans Schellhorn.
20. Rudolf Schmidt.
21. Gerhard Scholz.
22. Erich Schulz.
23. Kurt Schulz.
24. Erhard Seifert.
25. Walter Stadhagen.
26. Walter Thomas.
27. Stephan Weimann.
28. Oskar Werner.
- * 29. Felix Ziewitz.
30. Hermann Liebsch.

Klasse 1b.

1. Albert Gutmann.
2. Alfred Hellwig.
3. Gerhard Hirthe.
4. Oskar Horlitz.
5. Johannes Hübel.
6. Otfried Kintzel.
7. Kurt Knispel.
8. Willy König.
9. Joh. Heinrich Kühne.
10. Fritz Lucke.
11. Konrad Marggraff.
12. Rudolf Masekowsky.
13. Friedrich Michel.
14. Herbert Müglichs.
15. Kurt Schettler.
16. Hermann Scholz.
17. Karl Schwarz.
18. Martin Teller.
19. Walter Vollperg.
20. Franz Weimann.
21. Oskar Wilke.
22. Erich Binner.
23. Oskar Meyer.

Klasse 2.

1. Artur Appelt.
2. Herbert Balcke.
3. Konrad Fitze.
4. Erich Fruth.
5. Willy Haase.
6. Georg Kiepert.
7. Gustav Klingsporn.
8. Konrad Loll.
9. Ernst Michel.
10. Joseph Misgajski.
11. Helmut Nagel.
12. Erich Pusch.
13. Gustav Pusch.
14. Fritz Richter.
15. Hans Kurt Stadhagen.
16. Hans Steybe.
17. Erich Strauch.
18. Rudolf Vieweg.
19. Erich Vollperg.
20. Joachim Weber.
21. Gerhard Binner.

V. Sammlungen.

I. Lehrerbibliothek.

(Verwalter: Der Direktor.)

a. Geschenkt wurden: Vom Herrn Minister: Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. 1. Jhrg. Nr. 1 u. 2. — Vom Kuratorium: Jähns, Feldmarschall Moltke. — Von Frau Rentiere Dungs: Westermanns Illustrierte deutsche Monatshefte, Bd. 96—100. — Von Herrn Fabrikbesitzer Pietzsch: Zimmermann, Chemie für Laien. 9 Bde. Zimmermann, Naturkräfte und Naturgesetze. 3 Bde. — Zimmermann, Der Erdball und seine Naturwunder. 2 Bde. — Von den Herren Verlegern: Fischer, Schulatlas. — Böttcher, Bibl. Geschichten f. Vorschulen höh. Lehranstalten. — Unser Kaiser. Strahlen seiner Weltanschauung von einem Deutschen. — Seyfert, Geschichtliche Erzählungen f. d. Unterkl. höh. Lehranst. — Caesaris Commentarii de bello Gallico, hg. v. Pranier. Lehmann und Dorenwell, Deutsches Sprach- u. Übungsbuch f. höh. Schulen. Ausgabe B. 4 Hefte. — Schulze u. Pahl, Math. Aufgaben. 1. Teil. Smalian, Anatomische Physiologie der Pflanzen und des Menschen. — Smalian, Grundzüge der Tierkunde Ausg. A. — Smalian, Grundzüge der Pflanzenkunde. Ausg. A. — Holdermann u. Setzepfandt, Bilder u. Erzählungen aus d. allgemeinen u. deutschen Geschichte. 4 Aufl. — Guenther, Erhaltung unserer Heimat die Vogelwelt! — Perthes' Schulausgaben engl. und franz. Schriftsteller. 9 Bde. — Homers Ilias, im Auszuge, bearb. v. Wetzel. — Homers Odyssee, bearbeitet von Wetzel. — Homers Ilias in Auswahl, hg. v. Finsler. — Homers Odyssee, in Auswahl, hg. v. Finsler. — Beckmann, Französisches Lesebuch nebst Ergänzungsband. — Lüdeking, Französisches Lesebuch. 2 Teile. — Herrig, Premières lectures françaises.

b. Angeschafft wurden: Rein, Encyclopäd. Handbuch der Pädagogik, Bd. VI. — Roller, Hausaufgaben und höhere Schulen. — Matthias, Wie erziehen wir unseren Sohn Benjamin? Hauffe, Die Schulrevisionen. — Statist. Jahrbuch der höh. Schulen. 28. Jhrg. 2 Teile. — Verhandlungen der Direktoren-Versammlungen in den Provinzen des Königreichs Preußen. 71.—74. Bd. — Conwentz, Beiträge zur Naturdenkmalpflege. Heft 1. Horn, Das höh. Schulwesen der Staaten Europas. Beier, Die Berufsausbildung nach den Berechtigungen der höh. Lehranstalten in Preußen. 2. Aufl. — Rethwisch, Jahresberichte über das höhere Schulwesen. 20. u. 21. Jahrg. — Paul Gerhards Lieder und Gedichte, hg. v. Nelle. — Ahrend, Gib mir, mein Sohn, dein Herz! — Palncke, Pförtner Schulpredigten. — Der Koran, aus dem Arabischen wortgetreu neu übersetzt von Ullmann. — Lüben und Nacke, Einführung in die deutsche Literatur. 3 Teile. — Goethes Werke. Bd. 24, 26. — Kluge, Von Luther bis Lessing. — Simrocks ausgewählte Werke. — Grüns sämtliche Werke. — Freiligraths sämtliche Werke. — Matthias, Geschichte des deutschen Unterrichts. — Lange, Wider die Wortbildtheorie im Rechtsschreibeunterricht. — Neubert, Goethe-Bilderbuch. — Caesars Bellum Gallicum. Ausgaben von Meusel, Schmalz, Fügner. — Gebhardt, Lat. Ergänzungsbücher. 4 Teile. — Roßmann-Brunnemann, Handbuch für einen Studienaufenthalt im franz. Sprachgebiet. — Gropp u. Hausknecht, Auswahl franz. Gedichte nebst Kommentar. — Gropp und Hausknecht, Auswahl engl. Gedichte nebst Kommentar. — Strohmeyer, Der Artikel beim Prädikatsnomen im Neufranzösischen. — Keyl, General-Register zu den Neueren Sprachen. (Bd. VI—XII.) — Schatzmann, 10 Vorträge über die Aussprache der engl. Schriftzeichen. — The Cambridge History of English Literature. Vol. 1. — Jahrb. für Brandenburgische Kirchengeschichte. 1.—3. Jahrg. — Sydows Hydrographischer Atlas. — Sydows Gradnetz-Atlas. — Kleinschmidt, Die geographischen Grundbegriffe. — Handbuch des Deutschtums im Auslande. — Nauticus, Jahrbuch f. Deutschlands Seeinteressen. — Wild, Erklärender Text zu der Wandtafel zur Veranschaulichung geogr. Grundbegriffe. — Peterson-Kinberg, Wie entstanden Weltall und Menschheit?

— Haßlinger u. Bender, Der Betrieb des Zeichenunterrichts. — Grothmann, Das Zeichnen an den allgemein bildenden Schulen.

Folgende Zeitschriften wurden gehalten: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen. Monatschrift für höhere Schulen. Lehrproben und Lehrgänge aus der Praxis der Gymnasien und Realschulen. Zeitschrift für den deutschen Unterricht. Natur und Schule. Die neueren Sprachen. Monatsblatt für den Zeichenunterricht. Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. Zeitschrift für das Gymnasialwesen. Monatsschrift für Schulgesang. Kolonie und Heimat in Wort und Bild. Zeitschrift für den evangelischen Religionsunterricht.

Die Anstalt erhielt von der Zentralstelle für den Programmaustausch die Jahresberichte der höheren Schulen in Deutschland und Österreich 1907.

2. Schülerbibliothek.

Unter-Tertia und Quarta: Verwalter: Herr Oberlehrer Springer.

a. Geschenkt wurden: Von Herrn Vorschullehrer F. Schulz: Illustrierte Zeitung. 3 Hefte. Von Herrn R. Rimpler: Bilder aus den deutschen Kolonien.

b. Angeschafft wurden: Knötel, Die eiserne Zeit vor 100 Jahren.

Sexta und Quinta: Verwalter: Herr O. Schulz.

a. Geschenkt wurden: Von Herrn R. Rimpler: Bilder aus den deutschen Kolonien.

b. Angeschafft wurden: Knötel, Die eiserne Zeit vor 100 Jahren. Campe, Robinson der Jüngere. — Gräbner, Robinson Crusoe. 2. Ex. — Schmidt, Homers Odyssee. 2 Ex. — Schmidt, Homers Iliade. 2 Ex. — Jungbrunnen, Zwei Märchen in Bildern von Bernuth. — Taylor, Erzählungen für wackere Knaben. — Avenarius, Ludwig Richter-Gabe.

3. Anschauungsmittel und Kartensammlung.

(Verwalter: Herr Oberlehrer Dr. Simon.)

Geschenkt wurden: Von Herrn F. Schulz: 3 Tafeln, enthaltend die Namen und Daten der 3 ersten Kaiser. 1 Tafel, enth. die Konstruktion der Berührungskreise. 2 Tafeln, enth. Grundrisse des Kombinationszimmers und des Schulgebäudes. Eine Übersichtskarte der Stadt Schwiebus. Ein Plan des Marktplatzes. — Von Herrn Brattke: Karte für die Manöver der 2. Garde-Division 1907.

Angeschafft wurden: Lehmann, Benediktinerabtei. Vor dem Tore einer Stadt im Jahre 1800. — Schreibers Wandtafel zur Veranschaulichung geographischer Grundbegriffe. — Monumentalplan von Berlin. — Relief-Karte der Schweiz. Relief-Karte von Deutschland. — 2 Karten von Alt-Schwiebus. — Christusbild. Bambergers Schulwandkarte von Palästina. — Baldamus, Wandkarte zur deutschen Geschichte von 1125—1273. Richter, Wandkarte von Brandenburg.

4. Naturaliensammlung u. a.

(Verwalter: Herr Prof. Meier.)

Geschenkt wurden: Vom Magistrat: 21 Gewichte und 3 Hohlmaße. — Ein Ziegenmelker von Herrn Kürschnermeister Gerlach: ein grünfüßiges Teichhuhn von Herrn Kürschnermeister Krause, eine Ohreule, eine Singdrossel, ein Seidenschwanz von Herrn Fabrikanten Vieweg, eine Maulwurfsgrille in Spiritus vom Quartaner Kleiber, ein Stück Blauholz, ein Kästchen Cochenille, ein Stück Gelbholz vom Sextaner Lehmann, 2 Sendungen von Mineralien von Herrn Grubenbesitzer Joseph Eckel (Grube Schlierberg bei Dillenburg), von demselben gütigen Geber eine Präzisionswaage ($\frac{1}{1000}$ g wiegend) und 29 chemische Geräte.

Angeschafft wurden: eine Fledermaus, ein schwarzes Wasserhuhn, ein Doppelpräparat vom Frosch, eine Metamorphose vom Maikäfer und Seidenspinner, zwei

Brendel'sche Blütenmodelle, 9 botanische Wandtafeln von Jung, Koch und Quentell, 14 biologische Wandtafeln von Schröder-Krull, 5 Folgen Mikroplastbilder (nebst Stereoskop) von Victor Mendel, 24 stereoskopische Tierbilder aus dem Hamburger Zoologischen Garten, 1 Skelett.

5. Lehrmittel für den Zeichenunterricht.

(Verwalter: Herr F. Schulz.)

Geschenkt wurden: Tonvasen, Glasvasen, Wandteller, Blumentopf, Töpfe, Gläser, Flaschen, Porzellanei von Herrn Kaufmann Oskar Müller, — Kisten, Schachteln, Körbchen von Herrn Kaufmann Louis Raetzer. — 8 Abbildungen eiserner Bauten von Herrn F. Schulz.

Angeschafft wurden: 2 Wandtafeln. — Eggers, Lehrbuch des Zirkelzeichnens. — Eggers, Lehrbuch des Projektionszeichnens.

6. Musikaliensammlung.

(Verwalter: Herr Otto Schulz.)

Angeschafft wurden: Battke, Jugend-Gesang. Nr. 104 (30 Stimmen). — Wiedermann, 44 Übungstafeln und 2 Notenstäbe.

VI. Stiftungen, Geschenke und Unterstützungen.

Der Magistrat gewährte im Schuljahre 1907/8 eine halbe Freistelle. Herr Stadtverordneter und Fabrikbesitzer R. Rimpler schenkte 6 Exemplare der „Bilder aus den deutschen Kolonien.“ — Herr Pfarrer Penschke zu Wallnow i. Uckermark überwies dem Kuratorium in hochherziger Weise 500 M für eine Penschke-Stiftung, von deren Zinsen an dem Geburtstage seines Vaters würdigen Schülern Prämien eingehändigt werden sollen.

Für die erhaltenen Geschenke beehre ich mich, im Namen der Anstalt den verbindlichsten Dank auszusprechen, insbesondere auch an dieser Stelle nochmals dem Herrn Bergwerksbesitzer Jos. Eckel zu Haiger für die der Schule überwiesenen trefflichen Mineraliensammlungen. —

Der Bestand der Schulkasse beträgt 61,54 M.

VII. Mitteilungen an die Eltern.

Mit Beginn des neuen Schuljahres 1908/9 wird die Ober-Tertia des Realgymnasiums errichtet. Ostern 1909 wird die Unter-Sekunda eingerichtet werden. Nach Genehmigung zur Abhaltung der 1. Schlußprüfung seitens des Herrn Ministers der geistlichen, Medizinal- und Unterrichtsangelegenheiten haben sich die Schüler der Unter-Sekunda Ostern 1910 dieser zu unterziehen, durch deren Bestehen ihnen die wissenschaftliche Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst zuerkannt und der Übergang in die Ober-Sekunda eines Realgymnasiums ermöglicht wird.

Die Abmeldung der Schüler muß dem Unterzeichneten von den Eltern oder deren Stellvertretern vor Beginn des neuen Schulvierteljahres, in welchem sie die Schule verlassen sollen, schriftlich oder mündlich mitgeteilt werden; anderenfalls ist das Schulgeld für das nächste Vierteljahr zu bezahlen. Es beträgt für alle Schüler der Vorschule 50 M, für die Schüler des Realprogymnasiums 100 M, für Auswärtige jedoch 120 M jährlich.

Gesuche um Gewährung von Freistellen sind an das Kuratorium des Realgymnasiums zu richten.

Bei Schulversäumnissen werden die Eltern oder deren Stellvertreter gebeten, möglichst schon am ersten Tage dem Klassenlehrer Mitteilung zu machen.

Dauert die Versäumnis nur einen Tag, so genügt diese Mitteilung. Bei einer Versäumnis von mehreren Tagen wird gebeten, beim Wiedereintritt des Schülers eine zweite Bescheinigung über den Grund und die Dauer der Schulversäumnis einzusenden.

In anderen Fällen sind Gesuche um Urlaub für einen Tag an den Klassenlehrer, für mehrere Tage an den Direktor zu richten.

Auswärtige Schüler bedürfen für die Wahl der Pensionen und jeden Wechsel derselben der Genehmigung des Direktors.

Die Schüler dürfen sich nicht zu früh vor dem Schulgebäude einfinden; zehn Minuten vor Beginn des Unterrichts werden sie eingelassen. Die Eltern werden gebeten, sich durch Einblick in die schriftlichen Arbeiten von dem Fortschritt bezw. Rückgang in den Leistungen ihrer Kinder zu überzeugen. In letzterem Falle ist es dringend wünschenswert, daß sich die Eltern mit den Klassenlehrern, die gern bereit sind, Auskunft zu erteilen, rechtzeitig in Verbindung setzen. Der Unterzeichnete ist ebenfalls täglich in seinem Amtszimmer im Sommer von 11—12, im Winter von 12—1 Uhr zu sprechen.

Das **neue Schuljahr** beginnt am Donnerstag, den **23. April**, um 7 Uhr, für die letzte Vorschulklasse um 8 Uhr.

Der Direktor:

Dr. Hübner.

Berechtigungen.

Das Zeugnis über die Schlußprüfung d. h. über die Prüfung nach einjährigem, erfolgreichen Besuch der Unter-Sekunda eines anerkannten Realprogymnasiums berechtigt:

1. zum einjährig-freiwilligen Militärdienst,
2. zum Eintritt in die Ober-Sekunda eines Realgymnasiums,
3. zur Immatrikulation auf 4 Semester an den Universitäten zum Studium in der philosophischen Fakultät,
4. zur Zulassung als Hörer an den Technischen Hochschulen und Bergakademien,
5. zum Studium an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin und der landwirtschaftlichen Akademie in Poppelsdorf,
6. zum Besuch der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin,
7. zur Zulassung zu der Prüfung als Zeichenlehrer an höheren Schulen,
8. zum Besuch der Akademischen Hochschule für Musik in Berlin,
9. zur Zulassung zu der Prüfung als Turnlehrer,
10. zum Zivilsupernumerariat im Kgl. Eisenbahndienst, bei den Provinzialbehörden (mit Ausnahme der Verwaltung der indirekten Steuern), bei der Kgl. Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung und bei der Justizverwaltung,
11. zur Zulassung als bau- und maschinentechnischer Eisenbahnsekretär oder Eisenbahnbetriebsingenieur,
12. zum Besuch der Gärtnerlehranstalt bei Potsdam,
13. zur Meldung behufs Ausbildung als Intendantursekretär oder Zahlmeister in der Armee,
14. zur Annahme als technischer Sekretariatsaspirant der kaiserlichen Marine,
15. zur Marine-Ingenieurlaufbahn.

